Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Verfassungsschutz-informationen Bayern 1. Halbjahr

2023

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz

Verfassungsschutz-
informationen Bayern
1. Halbjahr 2023

Inhalt

Extremistische Instrumentalisierungsversuche im Themenkomplex „Asyl und Migration“ 8

Rechtsextremismus **8**
Straf- und Gewalttaten 9
Hass und Hetze im Internet 10
Öffentlichkeitswirksame Aktionen 11
Versammlungsgeschehen 13

Islamismus **17**

Extremismus und Queerfeindlichkeit 24

Rechtsextremismus **25**
Rechtsextremistische Protest-Aktion gegen Drag-Queen-Lesung in München 26
Rechtsextremistische „Stolzmonat“-Kampagne 30

Islamismus **33**
Politischer Salafismus 35
Jihadistischer Salafismus 37
Legalistischer Islamismus 42

Auslandsbezogener Extremismus **45**

Rechtsextremismus 48

Beobachtung der AfD **48**
Einstufung als Verdachtsfall durch das BfV 48
Beobachtung der AfD durch das BayLfV 48
Ethnischer Volksbegriff und staatsfeindliche Hetze 50
Migrations- und Islamfeindlichkeit 51
Staats- und Demokratiefeindlichkeit 52
Bezüge zu rechtsextremistischen Akteuren 53

Umbenennung der NPD in „Die Heimat“ **55**

Bürger- und Parteibüro des III. Weg in Schweinfurt **58**

Identitäre Bewegung betreibt Strategie der Metapolitik **61**

Reichsbürger und Selbstverwalter 66

Hohes Gewaltpotenzial bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern **66**
Waffenaffinität innerhalb der Szene 67
Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen 69

Linksextremismus 70

Aktuelle Themen linksextremistischer (Online-)Agitation **70**
Antifaschismus:
Linksextremistische Solidaritätskampagnen im Fall Lina E. 71
Antirepression:
Linksextremistische Beteiligung bei den PAG-Protesten 76
Antimilitarismus:
Linksextremistische Agitation gegen den „Tag der Bundeswehr“ 78

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) 84

Hinweise auf nachrichtendienstliche Aktivitäten in Bayern **84**
Russische Föderation 84
Volksrepublik China 86
Republik Türkei 88

Aktuelle Herausforderungen im Cyberraum **89**

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit 92

Abgehört – Der neue Podcast **92**

Anhang 94

Bildnachweis **94**

Impressum **97**

Extremistische Instrumentalisierungsversuche im Themenkomplex „Asyl und Migration“

Extremistische Akteure versuchen seit jeher, gesellschaftspolitische Themen propagandistisch zu instrumentalisieren und im Sinne ihrer extremistischen Ideologie umzudeuten. Von besonderem Interesse sind dabei Themen, die in Medien und Öffentlichkeit virulent sind und ein großes Emotionalisierungs- und Empörungspotenzial aufweisen. Aktuell versuchen sowohl rechtsextremistische als auch islamistische Akteure, mittels ihrer Agitation zu den Themen „Asyl und Migration“ auch Bevölkerungskreise zu erreichen, die ihrer verfassungsfeindlichen Weltanschauung distanziert bis ablehnend gegenüberstehen. Entsprechend der jeweiligen Ideologie werden die aktuelle deutsche Asyl- und Migrationspolitik und deren Folgen mit verfassungsfeindlichen Interpretationen aufgeladen. Ziel ist, die Gesellschaft zu spalten und die einzelnen Teile gegeneinander in Stellung zu bringen. Anders als bei dem vom Rechtsextremismus geschürten Fremdenhass propagieren islamistische Akteure das Narrativ der muslimischen Opferrolle.

RECHTSEXTREMISMUS

Zu Beginn des Jahres 2022 konzentrierte die rechtsextremistische Szene ihre Aktivitäten zunächst vor allem auf Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Im Herbst und Winter verlagerte die Szene ihren Fokus auf Proteste im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Seit Ende 2022 nimmt der Themenkomplex „Asyl und Migration“ in der Agitation rechtsextremistischer Akteure in Bayern wieder größeren Raum ein. In diesem Zusammenhang kam es auch in Bayern zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten gegen Asylunterkünfte.

Straf- und Gewalttaten

Das rassistische Weltbild der rechtsextremistischen Szene stilisiert Asylbewerber als „Volksfremde“ zum klassischen Feindbild, ihre Unterkünfte werden teils als legitime Angriffsziele betrachtet.

In Marklkofen (Lkr. Dingolfing-Landau) fanden 2 versuchte Brandanschläge auf ein als Flüchtlingsunterkunft vorgesehenes Zelt statt. Zunächst wurde in der Nacht vom 31. Januar mittels eines Brandbeschleunigers vergeblich versucht, das Zelt in Brand zu setzen. In der darauffolgenden Nacht erfolgte an selber Stelle ein erneuter Brandstiftungsversuch, der ebenfalls fehlschlug. Ein Tatverdächtiger konnte bereits ermittelt werden und befindet sich aktuell in Untersuchungshaft.

Vereinzelt kam es auch bei lokalen Bürgerversammlungen anlässlich der Unterbringung von Flüchtlingen zu strafrechtlich relevanten Äußerungen. So wurden bei einer Bürgerversammlung im Landkreis Bamberg am 26. Januar während einer zunächst öffentlichen Gemeinderatssitzung teils wütende Proteste bis hin zu Drohungen gegen eine geplante Asylunterkunft geäußert. Wenige Stunden vor der Gemeinderatssitzung hatte die neonazistische Kleinstpartei „Der Dritte Weg” („III. Weg“) kurzfristig mit einem Flyer in den sozialen Medien für die Teilnahme an der abendlichen Sitzung mobilisiert.

Hass und Hetze im Internet

Hass und Hetze gegen Asylbewerber und Migranten entladen sich vor allem im Internet. Insbesondere in den sozialen Medien werden Kommentare gepostet, die über eine bloße Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung weit hinausgehen. In den Beiträgen wird Flüchtlingen und Migranten die Menschenwürde abgesprochen und sie werden allgemein verächtlich gemacht. Es wird ihnen u.a. pauschal unterstellt, generell kriminell und gewaltbereit zu sein oder lediglich das deutsche Sozialsystem ausnutzen zu wollen.

So veröffentlichte ein bekannter Rechtsextremist auf seinem Telegram-Kanal Beiträge, in denen er mit Begriffen wie „Asylflut", „Umvolkung" und „Überfremdung" gegen die Aufnahme von Asylsuchenden agitiert. Hier heißt es u.a.:

> *Ein Ende der Asylflut und der Kriminalität ist nicht in Sicht, immer wieder mehr heimtückische Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen.*

Seine Beiträge verunglimpfen insbesondere afrikanischstämmige Zuwanderer. So postete er u.a. Bilder, auf denen dunkelhäutige Männerhände ein Messer halten bzw. eine Frau würgen.

Im Internet werden auch verfassungsschutzrelevante Memes verbreitet: So war ein Bild zweier deutscher Wehrmachts-Soldaten mit Maschinengewehr mit dem Spruch unterlegt: „Das schnellste Asylverfahren Deutschlands… lehnt bis zu 1.400 Anträge pro Minute ab."

Solche Äußerungen sind nicht nur als extremistisch einzustufen, in vielen Fällen ist bei diesen flüchtlingsfeindlichen Kommentaren auch die Schwelle zur Strafbarkeit überschritten. Bei den Verfassern dieser Hasskommentare handelt es sich nicht nur um bekannte Rechtsextremisten, die die sozialen Medien für ihre Agitation nutzen, sondern in den meisten Fällen um Personen, die zuvor nicht in rechtsextremistischen Zusammenhängen aufgefallen sind.

Hass und Hetze im Internet haben negative gesellschaftliche Folgen, wie verschiedene wissenschaftliche Studien belegen. Der Konsum derartiger Kommentare führt dazu, dass stereotypes Denken über die betroffenen sozialen Gruppen gefördert

wird und sich die Fähigkeit zur Empathie und die Hilfsbereitschaft gegenüber den angegriffenen Gruppen vermindert. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse weisen darauf hin, dass der Konsum von Hassrede auch zu einem emotionalen Abstumpfen führt, nicht nur gegenüber der betroffenen Gruppe, sondern gegenüber allen anderen Mitmenschen. So bedienen sich Internetuser in ihren eigenen Beiträgen zunehmend selbst einer aggressiven und herabwürdigenden Sprache. Dies kann in letzter Konsequenz den Boden für realweltliche Straftaten bereiten. Darüber hinaus tragen Hass und Hetze im Internet bei den hiervon betroffenen Gruppen zu einem ständigen Gefühl der Angst bei.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen

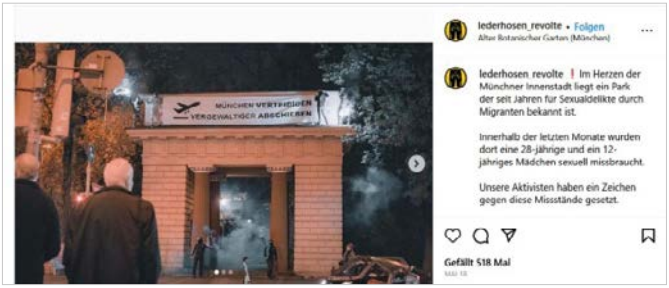
Am 9. Februar führte die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung" (IB) eine Propagandaaktion vor einer Asylunterkunft in Peutenhausen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) durch. Dabei stoppten 6 Aktivisten den Durchgangsverkehr vor der Einrichtung und entrollten auf der Fahrbahn ein großflächiges Banner mit der Aufschrift „GEFÄHRDERSTANDORT". Das Transparent wurde durch 2 aufgestellte Rauchtöpfe flankiert, aus denen roter Rauch aufstieg. Noch vor dem Eintreffen der Polizei entfernten sich die Aktivisten von der Örtlichkeit. Im Rahmen der polizeilichen Sofortfahndung wurde ein Transporter angehalten, in dem sich 3 Tatverdächtige befanden, unter ihnen eine Führungsperson der bayerischen IB.

Die erste Berichterstattung über die Aktion erfolgte auf dem Instagram-Kanal „wackre_schwaben", welcher einer Regionalgruppe der IB in Schwaben zugerechnet wird. Später folgten weitere Szeneveröffentlichungen im Internet. Seitens der IB wurde angekündigt, dass mit weiteren „Besuchen" in Peutenhausen zu rechnen sei.

Der „III. Weg“ hatte bereits kurz zuvor in Peutenhausen eine Flugblattverteilung zum Thema „ASYLFLUT STOPPEN“ durchgeführt, über die er auf seiner Parteiwebseite berichtete.

Anlass für die Aktionen in Peutenhausen waren eine Einbruchserie, mutmaßlich begangen durch einen dort untergebrachten Flüchtling, und ein Übergriff auf 2 ältere Damen im Dezember 2022, der mutmaßlich von 2 Asylbewerbern ausging. Sowohl der „III. Weg“ als auch die IB versuchen systematisch, eine Ablehnung gegenüber Flüchtlingen sowie deren Unterbringung zu erzeugen bzw. anzufachen. Dabei werden oftmals (angebliche) Straftaten von Flüchtlingen oder Personen mit Migrationshintergrund im Rahmen der Agitation aufgegriffen.

Am 17. Mai führte die der IB zuzurechnende Regionalgruppe „Lederhosen Revolte“ eine Protestaktion im Alten Botanischen Garten in München durch, mit der Flüchtlingen pauschal kriminelle Neigungen zugeschrieben werden sollten. Hierzu entrollten die Aktivisten ein Banner mit der Aufschrift „MÜNCHEN VERTEIDIGEN – VERGEWALTIGER ABSCHIEBEN“ und entzündeten Pyrotechnik. An der Aktion beteiligten sich rund 10 Personen, darunter auch mindestens 3 Mitglieder der Aktivitas der Münchner „Burschenschaft Danubia“. Bei der Durchführung der Aktion trugen sämtliche Aktivisten der Münchner Regionalgruppe erstmals einheitliche Schlauchschals mit einem markanten Wappen, das den bayerischen Löwen zeigt. Im Nachgang veröffentlichte der Instagram-Kanal „lederhosen_revolte“ mehrere Bilder sowie ein Video zur Aktion.



Die Aktion in München ist Teil einer Serie vergleichbarer Banneraktionen der IB in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die sich mit der für die Gruppierung charakteristischen Forderung nach „Remigration“ gegen Flüchtlinge und Einwanderung im Allgemeinen richten. Nach den letztjährigen Banneraktionen am Friedensengel, auf der Reichenbachbrücke, im Werksviertel und auf dem Oktoberfest handelt es sich damit um die fünfte

Aktion von Münchner IB-Aktivisten seit Anfang 2022. 3 dieser Aktionen wurden durch die Gruppierung „Lederhosen Revolte“ durchgeführt. Zudem versuchten Mitglieder der IB im Juni im Rahmen einer Drag-Queen-Lesung für Kinder in der Münchner Stadtbibliothek Bogenhausen ein Banner zu entrollen, was durch Einsatzkräfte der Polizei verhindert werden konnte (vgl. Kapitel Extremismus und Queerfeindlichkeit, S. 28).

Versammlungsgeschehen

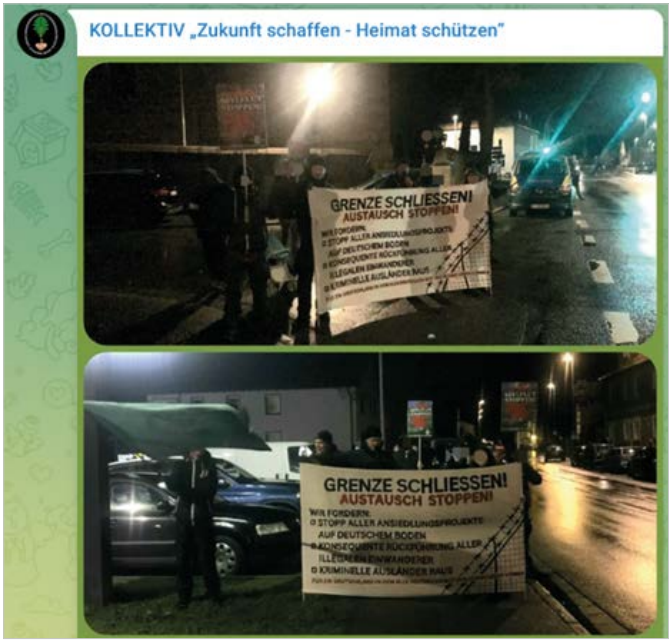
Im ersten Halbjahr lag ein Schwerpunkt des rechtsextremistischen Versammlungsgeschehens im oberfränkischen Landkreis Bamberg. Der rechtsextremistischen Szene gelang es bei ihren Aktionen jedoch nicht, dauerhaft weitere Personen für ihre Versammlungen zu mobilisieren.

Zunächst agitierten einzelne Akteure des „III. Weg“ in Zusammenarbeit mit der Gruppierung „Kollektiv Zukunft schaffen – Heimat schützen“ (KZSHS), die dem subkulturellen Rechtsextremismus zuzurechnen ist, gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Bereits Anfang Januar wurde ein Plakat des „III. Weg“ mit dem Slogan „Kriminelle Ausländer raus!“ an einer bezugsfertigen Asylbewerberunterkunft in Scheßlitz angebracht.

Beginnend am 13. und 14. Januar wurden zudem regelmäßig freitags in Breitengüßbach und samstags in Scheßlitz von einem damaligen oberfränkischen Funktionär des „III. Weg“ Demonstrationen organisiert und durchgeführt. Zudem trat ein KZSHS-Aktivist auf der Veranstaltung vom 13. Januar als Redner auf. In verschiedenen sozialen Medien und auf der parteieigenen Webseite wertete der „III. Weg“ die Veranstaltungen als großen Erfolg, da es gelungen sei, auch Personen außerhalb der eigenen Reihen anzusprechen.

Auch in einem am 18. Januar auf der „III. Weg"-Webseite veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Widerstand gegen Asylforderer in Scheßlitz" schürt die Partei Angst vor Migranten und diffamiert Asylbewerber in einer gegen die Menschenwürde gerichteten Art und Weise.

Analog zu den ersten beiden Veranstaltungen fanden auch am 20. und 21. Januar erneut jeweils eine Veranstaltung in Breitengüßbach und in Scheßlitz statt, die von derselben Person angemeldet worden waren. Im Vorfeld der Veranstaltungen mobilisierten sowohl der „III. Weg" als auch KZSHS über die sozialen Medien. Allerdings sanken die Teilnehmerzahlen zu diesem Zeitpunkt bereits merklich. Am 21. Januar fand zudem am „III. Weg"-Bürger- und Parteibüro in Schweinfurt ein Info stand unter dem Motto „Die wahre Krise ist das System" mit 12 Aktivisten statt. Zudem führte der Aktivist analog zu Scheßlitz und Breitengüßbach auch eine Veranstaltung in Zapfendorf (Lkr. Bamberg) durch, die jedoch im Vergleich zu den vorherigen Veranstaltungen nur spärlich besucht war.



Der Veranstaltungsanmelder, der mittlerweile nicht mehr dem „III. Weg“ angehört, bewirbt die Kundgebungen nun über den neu erstellten Telegram-Kanal „Widerstand Oberfranken“. KZHS bewirbt die Versammlungen zum Teil auch weiterhin auf Telegram. Die Teilnehmerzahlen bewegen sich allerdings inzwischen im 1-stelligen Bereich.

In ähnlicher Weise griffen rechtsextremistische Aktivisten in Oberfranken in ihrer Online-Agitation ein Tötungsdelikt an einer Mitarbeiterin eines Blumenladens in Lichtenfels am 10. März auf. Die Polizei hatte im Zusammenhang mit der Tat erklärt, nach einem „Mann mit südländischem Aussehen“ zu suchen, der sich „kurz vor Ladenschluss im Ladenbereich aufgehalten“ haben soll. Obwohl die Tatbeteiligung der betreffenden Person unklar war, versuchten rechtsextremistische Akteure, die Tat als Beleg für die gesteigerte Bedrohungs- und Gefährdungslage für deutsche Bürger infolge des Zuzuges von Flüchtlingen darzustellen, welche der Staat billigend in Kauf nehme. So hieß es auf dem Telegram-Kanal „Widerstand Oberfranken“ bereits am 12. März:

> *Tödlicher Raubüberfall in Lichtenfels […] Gesucht werden zwei Paare, davon ein „Mann“ mit dunkler Hautfarbe, vermutlich afrikanischer Krimineller. Die zunehmende Kriminalität von Neubürgern, Zuwanderern, Migranten, Flüchtlingen und sogenannten Facharbeitern schreit zum Himmel! Behörden offensichtlich machtlos.*

Neben der Gruppierung „Widerstand Oberfranken“ äußerte sich auch der „III. Weg“ auf dem Telegram-Kanal des Stützpunktes Oberfranken zu dem Mord und kommentierte hierzu in rassistischer Weise:

> *Sollte sich der afrikanische Mann als Täter herausstellen, zeigen sich einmal mehr die fatalen Konsequenzen der nichtweißen Masseneinwanderung auf. Es sind schon lange keine „Einzelfälle“ mehr. Daher werdet aktiv, denn nur wir können dafür sorgen, dass man wieder in Frieden in diesem Land leben kann!*

KZSHS berichtete auf Telegram ebenfalls über beide Taten und warnte vor den mutmaßlichen Tatverdächtigen:

> *In vielen Fällen haben Einwanderer aus arabischen/afrikanischen Ländern eine kürze [sic!] Zündschnur und niedrigere Hemmschwelle, was Gewalt angeht, zusätzlich verstehen sie oft Deutsch und Englisch kaum und schlüpfen schnell in eine aggressive „Opferrolle“.*

Ziel dieser Agitation war es, mit ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologie auch in Bevölkerungsteilen Anschluss zu finden, die hierfür normalerweise nicht empfänglich sind.

Der „III. Weg“ veranstaltete verschiedene Infostände mit Kundgebungen. So fanden im April in Peutenhausen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) sowie im niederbayerischen Deggendorf Aktionen statt, bei denen die Aktivisten u.a. die Abschiebung krimineller Ausländer forderten und die ihrer Ansicht nach verfehlte Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland kritisierten. Die Veranstaltungen stießen in der Bevölkerung auf nur wenig Resonanz.

Die Infostände dienen der Partei eigenen Angaben zufolge als Gelegenheit, Bürgern die Positionen des „III. Weg“ näher zu bringen. Die Anwesenheit der bayerischen Landesvorsitzenden Jasmine Eisenhardt sowie des Vorsitzenden des Gebietsverbandes West, Julian Bender, unterstreicht den Stellenwert, den der „III. Weg“ derartigen Veranstaltungsformaten beimisst.

Auch auf seiner Veranstaltung zum 1. Mai am Bürger- und Parteibüro in Schweinfurt agitierte der „III. Weg“ gegen die Aufnahme von Asylbewerbern. Die thematischen Schwerpunkte der Reden waren neben der Kritik am „System BRD“ und der Darstellung der „nationalrevolutionären“ Grundsätze der Partei insbesondere auch die dem „III. Weg“ zufolge verfehlte Asyl- und Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

ISLAMISMUS

In der islamistischen Szene stellt die angebliche Unterdrückung der muslimischen Gemeinschaft durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft und Politik ein weit verbreitetes Narrativ dar. Insbesondere die der seit 2003 durch das Bundesministerium des Innern verbotenen „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) nahestehenden Online-Initiativen „Generation Islam“ (GI), „Realität Islam“ (RI) und „Muslim Interaktiv“ (MI) greifen dieses Narrativ auf und interpretieren es mithilfe ihrer transmedialen Online-Strategie im Sinne ihrer extremistischen Ideologie. Aufgrund des Betätigungsverbotes kann die HuT in Deutschland keine öffentlichen Aktivitä ten entfalten, was dazu führt, dass ihr nahestehende Personen seit dem Verbot verstärkt im Verborgenen wirken. Dementgegen treten Gruppierungen wie GI, RI und MI mit professionell gestalteten Videos, aber auch in Form von Flashmobs und Protestaktionen im öffentlichen Raum vermehrt in Erscheinung.

Zur Medienstrategie dieser Organisationen, die Parallelen etwa zur rechtsextremistischen IB erkennen lässt, gehört es, in ihren Online-Beiträgen regelmäßig Meldungen aus Politik und Gesellschaft mit Islam- oder auch Islamismus-Bezug aufzugreifen und als vorgeblichen Beweis für einen weit verbreiteten „Islamhass“ und „antimuslimischen Rassismus“ in der deutschen Gesellschaft und Presseöffentlichkeit zu deuten. In diesem Zusammenhang ist teilweise auch von einer angeblich staatlich geförderten „Kriminalisierung von Muslimen“ die Rede. Die Verantwortlichen von GI, RI und MI stellen sich selbst als Beschützer „praktizierender“ Musliminnen und Muslime dar. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Islamfeindlichkeit nutzen diese Gruppierungen tatsächliche oder umgedeutete Fälle von antimuslimischem Rassismus für ihre islamistisch motivierte und zum Teil antisemitische Agitation. Den Plattformbetreibern zufolge habe sich die von staatlichen Institutionen verfolgte strukturelle Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen vor allem im Umgang mit der Flüchtlingsbewegung im Zuge des

Russland-Ukraine-Krieges gezeigt. GI-Sprecher Ahmed Tamim nimmt in einem YouTube-Beitrag vom 24. April 2022 mit dem Titel „Sind Muslime wirklich die beste Gemeinschaft? – Ukrainer die besseren Flüchtlinge?“ hierzu wie folgt Stellung:

> *Der einfache Muslim schaut in die Welt hinaus und erkennt ganz schnell, dass weder er als Individuum, als muslimisches Individuum, noch er in seiner Gemeinschaft als muslimische Umma [Anm.: „muslimische Gemeinschaft“] einen besonderen Stellenwert in der Welt genießt. Ganz im Gegenteil: […] Wir sehen, dass sehr viele andere Nationen, Völker, Gemeinschaften einen höheren Stellenwert unter den Menschen genießen als die Muslime. Und das beste Beispiel dafür sind die geflüchteten Leute, die gerade aus der Ukraine in Deutschland ankommen. Nicht nur hinsichtlich dessen, wie sie behandelt werden und welche Vorzüge sie haben, sondern vor allem auch hinsichtlich dessen, wie die Leute sie betrachten, wie sie sie empfangen und wie sie auch Mitleid verspüren, weil sie dort diesem Krieg ausgesetzt sind. Vergleicht das einmal mit muslimischen Geflüchteten beispielsweise aus Afghanistan, wenn diese in Deutschland ankommen; wie diese behandelt werden, erstens, [sic!] und vor allem aber auch wie der Blick der Menschen auf sie ist.*

Sind Muslime wirklich die beste Gemeinschaft? | Ramadan deine Chance

Auch die Gruppierung RI widmet dieser Thematik auf Instagram (ca. 27.600 Follower, Stand: 30. Juni 2023) immer wieder Beiträge, in welchen sie die „Doppelmoral“ und „Heuchelei“ des Westens hinsichtlich der Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus der islamischen Welt und der Ukraine anprangert.

Neben einem angeblichen rassistischen Weltbild machen die Akteure von RI vor allem eine vermeintliche „jahrzehntelange islamfeindliche Assimilationspolitik" Deutschlands für die angeprangerte Ungleichbehandlung verantwortlich, infolge derer

> *muslimische Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan […] aufgrund ihrer Andersartigkeit nicht auf dieselbe Art und Weise betrachtet und behandelt [werden], wie nichtmuslimische Flüchtlinge aus der Ukraine.*

Die Kriminalisierung islamischer Riten, die „Dämonisierung" und teilweise sogar „Entmenschlichung" von Musliminnen und Muslimen in der Bundesrepublik offenbare sich nun auch in der „Doppelmoral" westlicher Staaten, die zeige, dass „muslimisches Leben […] nicht denselben Wert [hat], wie das Leben von weißen, nichtmuslimischen Europäern", so RI.

GI, RI und MI betreiben in den sozialen Netzwerken eine sehr aktive Medienarbeit, die insbesondere auf junge Musliminnen und Muslime mit höherem Bildungshintergrund abzielt. Mit zahlreichen tagesaktuellen Videos und Textbeiträgen, die plattformgerecht über verschiedene Kanäle angeboten werden, erreichen sie mehrere tausend Interessierte. So zählt die YouTube-Seite „Generation Islam" rund 56.900 Abonnenten (Stand: 30. Juni 2023). Dort werden Themen aufgegriffen, die insbesondere für junge Musliminnen und Muslime in Deutschland relevant sind, wie etwa die Kopftuchdebatte unter der Hashtag-Kampagne #Nichtohnemeinkopftuch, Fasten, geschlechtergetrennter Sport- und Schwimmunterricht, islamkonforme Schulverpflegung, die LGBTQIA+-Community oder die Teilnahme an demokratischen Wahlen.

Die Themen werden stets mit dem Vorwurf einer islamfeindlich motivierten „Wertediktatur" der deutschen Politik und Gesellschaft verbunden, der insbesondere unter jungen Musliminnen und Muslimen Gefühle der Ohnmacht, Diskriminierung und Unterdrückung erzeugen soll. Die deutsche Integrationspolitik, die in Wahrheit eine staatlich initiierte „Assimilationsagenda" begleitet durch islamfeindliche Positionen der deutschen Parteien und Medien darstelle, erfordere als Reaktion von der muslimischen Glaubensgemeinschaft die Wahrung der kollektiven wie auch individuellen islamischen Identität. Dies sei nur durch eine Abgrenzung von der westlichen Gesellschaft möglich. Daneben ist es Teil der Strategie von GI, RI und MI, vermeintlich nicht-islamische Elemente und Positionen sowie die Vorstellung einer erfolgreichen Integrationsbemühung zu diffamieren und gleichzeitig die Einheit der Muslime in Abgrenzung zur liberalen nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft zu akzentuieren.

Diese Position wird von den Betreibern der Online-Initiativen in zahlreichen Posts und Videobeiträgen vertreten, beispielsweise in einem Beitrag von RI vom 20. November 2022, in dem der RI-Sprecher Suhaib Hoffmann wie folgt Stellung nimmt:

> *Neben dieser natürlichen Beeinflussung kann eine Minderheit jedoch auch eine [sic!] politisch bewusst herbeigeführten Beeinflussung ausgesetzt sein. Dies geschieht, wenn die politische Agenda vorsieht, die Verschiedenheit der sozialen Gruppen durch eine Art Leitkultur aufzulösen, um eine homogene Gesellschaft zu schaffen. Und mit exakt solch einer Politik sehen wir uns als Muslime in Deutschland konfrontiert […] Okay, nachdem wir vorher […] die Funktionsweise einer Gesellschaft […] und auch die natürliche gegenseitige Beeinflussung dargelegt haben, geht's jetzt also direkt um die politisch geplante und gelenkte Beeinflussung. Und hier ist auch der Leitkulturbegriff gefallen und am Ende sieht man schön die ganzen Debatten, welche in Deutschland schon damals geführt wurden, um die Muslime durch politischen Druck in eine bestimmte Richtung zu bewegen: Also […] Kopftuchverbotsdebatte, die Burkaverbotsdebatte, Zwang, dem anderen Geschlecht bei der Begrüßung die Hand zu reichen. Es war der Zwang zur Teilnahme am schulischen Unterricht und, und, und[.]"*

Assimilationsagenda: Was hat sich seit 2018 geändert? - Suhaib Hoffmann

2282 Aufrufe • vor 6 Monaten

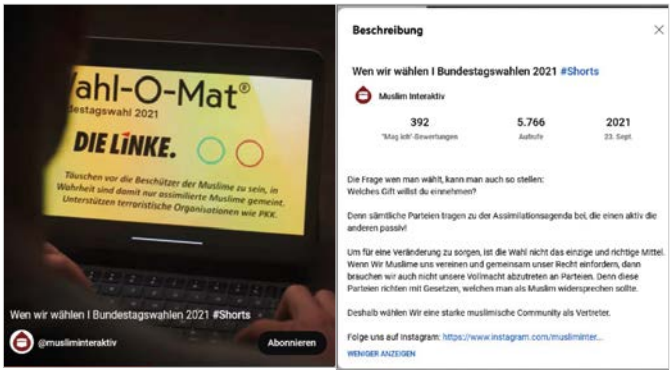
Weiterhin wird postuliert, sich entschieden gegen die „Kampfbegriffe" „Extremismus" und „Politischer Islam" zu wehren und sich vor einer angeblichen „LGBTQ-Propaganda" schützen zu müssen, die allesamt als Angriff auf die muslimische Identität und die islamischen Werte verstanden werden. In einem Instagram-Beitrag von RI wird diese vermeintliche Zwangslage der Musliminnen und Muslime in Deutschland wie folgt zusammengefasst:

> *Gerade unter den heutigen Umständen sind wir als Muslime einer Situation ausgesetzt, in der wir immer wieder dazu gedrängt werden, von islamischen Grundprinzipien abzulassen und diese durch westliche Standpunkte auszutauschen. Niemals dürfen wir diesem Assimilationsdruck nachgeben. Im Gegenteil: Gerade dieser intellektuelle Kampf der Kulturen sollte als Quelle der Belohnung und Vergebung Allahs verstanden werden. Ya Allah, festige unsere Herzen im Islam und bewahre unsere islamische Identität!*

Neben der Reaktion auf die Presseberichterstattung und der Instrumentalisierung öffentlicher medienwirksamer Debatten im Sinne der eigenen extremistischen Ideologie, ist die Dokumentation von Übergriffen gegen Musliminnen und Muslime Teil des strategischen Ansatzes von GI, RI und MI. So äußert sich RI in einem Instagram-Post anlässlich des 30. Gedenkens an den rechtsextremistisch motivierten Brandanschlag in Solingen auf ein Zweifamilienhaus, das von Bürgerinnen und Bürgern türkischer Abstammung bewohnt wurde, zu den Gründen von islamfeindlichen Angriffen:

Auch in diesem Kontext behaupten die Akteure von RI, dass die Ursache für diesen rassistischen Anschlag, wie auch für andere Übergriffe gegen Musliminnen und Muslime, nicht nur in der Agitation rechtsextremistischer Gruppierungen begründet liege. Vielmehr bilde die Dämonisierung von Musliminnen und Muslimen sowie die Verbreitung islamfeindlicher Narrative durch politische Entscheidungsträger und die Medien, verbunden mit einer wiederholt betonten „islamfeindlichen Assimilationspolitik", den Nährboden für eine Zunahme von verbalen und körperlichen Angriffen auf Menschen muslimischen Glaubens.

Dabei betonen die Online-Initiativen stets, dass die staatlich gelenkte Agitation gegen Musliminnen und Muslime vom gesamten Parteienspektrum in der Bundesrepublik getragen und praktiziert werde und sich nicht auf Politikerinnen und Politiker des rechten Spektrums beschränke. Dies konkretisiert sich etwa in einem Videobeitrag auf dem YouTube-Kanal von MI vom 23. September 2021, in dem allen Parteien der Bundestagswahl 2021 eine islamfeindliche Haltung vorgeworfen wird:



Die von GI, RI und MI verbreitete Propaganda offenbart spalterische Tendenzen und kann damit die Bildung einer politisch-religiös geprägten Parallelgesellschaft begünstigen. Mit ihrer Propaganda schüren diese Gruppierungen Ängste und Misstrauen gegenüber der Rechtsstaatlichkeit und gegenüber staatlichen Institutionen. Durch das Erzeugen oder auch die Bestätigung tatsächlich vorhandener Benachteiligungs- und Diskriminierungsgefühle unter jungen Musliminnen und Muslimen gelingt es den Akteuren von GI, RI und MI, diese davon zu überzeugen, dass die postulierte kollektive und individuelle muslimische Identität bedroht sei; sowohl durch die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft als auch durch liberal ausgerichtete Moscheen und Koranauslegungen, den Kontakt zu andersdenkenden oder liberalen Musliminnen und Muslimen sowie jegliche Form von kritischer medialer Berichterstattung zum Themenfeld Islam. Somit spielen die von ihnen besetzten Themen im Rekrutierungsprozess der HuT eine wesentliche Rolle und bereiten einen Nährboden für die Radikalisierung junger Musliminnen und Muslime. Die verbreiteten propagandistischen Narrative erzeugen bei den Betroffenen eine ablehnende Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Befürwortung eines islamischen „Gottesstaates“ im Sinne der seit 2003 verbotenen HuT, in dem eine politisch extremistische Auslegung religiöser Normen das private und öffentliche Leben, die Kultur sowie das Staats- und Rechtssystem ordnet bzw. bestimmt.

Extremismus und Queerfeindlichkeit

Bundesweit kam es im öffentlichen Raum immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf Angehörige der LGBTQIA+-Community. Mit ihren Forderungen nach höherer sozialer und rechtlicher Akzeptanz ist die Community in letzter Zeit verstärkt öffentlich präsent. Sie bietet damit einerseits Betroffenen eine Plattform, zieht aber andererseits auch erhebliche und z. T. nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckte Kritik auf sich.

Extremistischen Akteuren bieten die Existenz und die Forderungen der LGBTQIA+-Community eine weitere willkommene Angriffsfläche. Ihre Agitation richtet sich gegen die Community selbst und damit auch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen die Grundrechte der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit.

LGBTQIA+- bzw. Queerfeindlichkeit, die sich von Abwertungen bis hin zu tätlichen Angriffen äußern kann, ist ein Element verschiedener extremistischer Ideologien. Feindbilder sind konstitutiv für alle extremistischen Ideologien. Dabei dienen sie den jeweiligen Szeneakteuren als agitatorische Projektionsfläche. Sie entspringen einer simplifizierenden „Wir-gegen-Die"-Dichotomie, die durch die Abwertung von als „fremd" oder „anders" definierten Gruppen die eigenen Überlegenheitsvorstellungen begründen und stärken soll. Die Negativzuschreibungen, die den „Anderen" auferlegt werden, entfalten einerseits eine identitätsstiftende und gruppenbildende Wirkung innerhalb der eigenen Bezugsgruppe. Andererseits rufen sie jedoch auch zur kompromisslosen Ablehnung und Bekämpfung der vermeintlichen Feinde auf. Die propagierte Markierung von Einzelpersonen, Gruppen und Gruppenveranstaltungen als „Feind" kann mitunter auch dazu beitragen, dass die Hemmschwelle hinsichtlich extremistisch motivierter Gewalttaten

sinkt bzw. eine Hinwendung zur Planung von terroristischen Anschlägen befördert wird. Da die Konstruktion von Feindbildern häufig an vorhandene Vorurteile gegen einzelne Personengruppen anknüpft, erreichen Extremisten damit auch nicht-extremistische (Online-)Kreise oder versuchen, öffentliche Diskurse in ihrem Sinne zu beeinflussen.

RECHTSEXTREMISMUS

Im Rechtsextremismus treten queerfeindliche, gegen die Menschenwürde gerichtete Bestrebungen zumeist als Teil frauenfeindlicher und biologistischer Narrative zutage. Sie gehen in der Regel mit einer Überhöhung der „natürlichen" oder „traditionellen" Kernfamilie einher, die nach rechtsextre mistischer Auffassung keine Abweichung von heteronormativen Familien- oder Geschlechterrollen zulässt.

Lebensmodelle, die nicht dem von Rechtsextremisten vertretenen ‚Familienideal' entsprechen, werden als „Zersetzung des Volkskörpers" gebrandmarkt, die den kulturellen und

moralischen Verfall der Gesellschaft vorantreiben würden. Auch in diesem Zusammenhang ist – ähnlich wie bei der Agitation gegen jegliche Form der Migration – auch von einem angeblich drohenden „Volkstod“ die Rede; ein Begriff, der aus der nationalsozialistischen Propaganda stammt. Rechtsextremisten geben vor, lediglich die von ihnen idealisierten Lebenskonzepte erhalten zu wollen bzw. gegen vermeintliche Feinde „verteidigen“ zu müssen, um so den „Volkstod“ zu verhindern. Dabei agitieren sie auch im Netz gegen die Grund- und Freiheitsrechte von Angehörigen der LGBTQIA+-Community.

Rechtsextremistische Protest-Aktion gegen Drag-Queen-Lesung in München

Derzeit ist festzustellen, dass sich die rechtsextremistische Szene insbesondere gegen die öffentliche Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Stellung bringt, insbesondere im Kontext von Kindertagesstätten und Schulen.

Am 13. Juni veranstaltete der AfD-Kreisverband München-Ost als Reaktion auf eine Drag-Queen-Lesung in der Münchner Stadtbibliothek Bogenhausen eine Kundgebung unter dem Motto „Hände weg von unseren Kindern! Verbot von Genderpropaganda und anderen Perversionen!" Bereits im Vorfeld der Kundgebung hatte der AfD-Kreisverband mit einem Plakat mit der Aufschrift „Hände weg von unseren Kindern! Genderpropaganda verbieten!“ für die Teilnahme an der Versammlung geworben. Angehörige der queeren Community werden mit dieser Bildsprache als potenzielle Pädophile verunglimpft. Während das Plakat in einschlägigen Kanälen der rechtsextremistischen „Jungen Alternative“ (JA), der Jugendorganisation der AfD, und der ebenfalls rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ (IB) Verbreitung fand, sorgte es in weiten Teilen des bürgerlichen Spektrums für deutliche Gegenreaktionen.

Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der AfD-Versammlung und etwa 500, vorwiegend aus dem bürgerlichen Spektrum, an der Gegendemonstration vor Ort teil. Während der AfD-Versammlung traten 10 Personen mit Redebeiträgen auf, darunter mehrere Mitglieder der AfD. In den Redebeiträgen wurde schwerpunktmäßig eine Rückkehr zum traditionellen Familienbild, die Beendigung der „Gender-Debatte" sowie das Verbot einer angeblichen „Homopropaganda" gefordert. Der Kreisvorsitzende der AfD München-Ost und Organisator der Versammlung führte in diesen Zusammenhang aus, dass es der AfD um die Verhinderung von „Frühsexualisierung" und „Genderpropaganda" gehe. Wenn es nach der AfD ginge, würde die Drag-Queen-Lesung in der Bibliothek nicht

stattfinden und „diese perversen Freaks würden Konsequenzen tragen“. Bis die AfD Regierungsverantwortung habe, müsse die Partei weiterhin „Aufklärungsarbeit“ betreiben und „die Interessen der Bürger auf der Straße vertreten“.

Einem weiteren Redner und Parteifunktionär zufolge sei es bei der Lesung nur um die „Akzeptanz pädophiler Begehrlichkeiten perverser Erwachsener“ gegangen. Diese „Gender-Ideologie und pädosexuelle Verstrickungen“ reichten bis in die „höchsten Kreise“ hinauf.

Ein weiterer AfD-Redner rekurrierte inhaltlich überwiegend auf das angebliche christliche Geschlechterverständnis, wie es der Bibel zu entnehmen sei. Anhänger einer vermeintlichen „Gender-Ideologie“ trügen demnach Dämonen in sich, welche „die AfD ihnen wieder austreiben“ würde. Als Gast wurde anschließend ein Mitglied aus dem AfD-Landesverband Brandenburg vorgestellt. Dieses unterstellte den Vertretern der LGBTQIA+-Community, dass durch ihren Aktivismus Pädophilie verharmlost werde und es normal werden solle, Sex mit Kindern zu haben. Ihm zufolge handle es sich dabei um einen „künstlich geschaffenen Weg durch Perverse, unsere Kinder zu missbrauchen“. Die Gesellschaft solle endlich anfangen „unsere Kinder vor diesen gottlosen Bestien zu schützen“.

Die in den Reden enthaltenen Diffamierungen und die pauschale Verächtlichmachung von Transpersonen als „Freaks“, „Perverse“ und „Pädophile“ gehen weit über eine bloße Kritik an individuellen Lebensmodellen hinaus. Zusammen mit der Bekundung, dass diese Personen unter der AfD „Konsequenzen“ tragen würden, richten sich die getätigten Äußerungen gegen die Menschenwürde der Betroffenen.

Am Rande der Veranstaltung versuchten zudem 7 Angehörige der IB sich Zutritt zum Veranstaltungsbereich der Lesung zu verschaffen und ein Banner zu entrollen. Die Störaktion wurde durch die Polizei verhindert und eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Im Nachgang der Veranstaltung berichtete die IB-Gruppierung „lederhosen_revolte“ in einem auf ihrem Instagram-Kanal veröffentlichten Video über ihre Beteiligung an der AfD-Veranstaltung und drohte dabei mit weiteren Aktionen gegen die LGBTQIA+-Community.

Der Protest gegen die AfD-Versammlung wurde auch von Teilen der linksextremistischen Szene unterstützt. So hatte u.a. die linksextremistische Gruppierung „Antifa-NT“ bereits am 22. Mai auf ihrer Webseite unter dem Motto „Gegen queer- und transfeindliche Hetze und den rechten Schulterschluss“ zur Teilnahme an den Gegenprotesten aufgerufen.

Die linksextremistische Szene lehnt jegliche Ansätze einer biologistisch begründeten Geschlechterordnung sowie die Zuweisung geschlechtsspezifischer Rollenmuster und Verhaltensweisen ab. Es ist eines ihrer Kernziele, marginalisierte Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Angehörige der queeren Szene, in ihrem „Kampf gegen das Patriarchat“ zu unterstützen. Es gelingt der linksextremistischen Szene auch Schlagworte wie „Sexismus“ oder „Toxische Männlichkeit“ in ihrem Sinne zu prägen und von der Medienresonanz der Themen und der damit einhergehenden Mobilisierungsdynamik zu profitieren. Allerdings verbindet die Szene ihren Kampf gegen „Unterdrückung und Patriarchat“ stets auch mit der Forderung nach einer Abschaffung des „kapitalistischen Systems“. Dabei begreift sie den Kapitalismus nicht nur als Wirtschaftsform, sondern als Fundament der sogenannten „bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse“, was sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen in einer parlamentarischen Demokratie umfasse. Linksextremistischer Antikapitalismus hat daher nicht die Reform, sondern stets die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie als „bürgerliche Herrschaftsform“ im Visier. Unter dem Deckmantel der Solidarität versuchen Linksextremisten das Protestpotenzial der queeren Community für sich zu erschließen und für ihre Kämpfe, wahlweise gegen Rechtsextremisten oder gegen den unterdrückerischen Staat, in Stellung zu bringen.

Rechtsextremistische „Stolzmonat“-Kampagne

Im Juni agitierten zahlreiche rechtsextremistische Szeneakteure in den sozialen Medien gegen den sogenannten „Pride Month“ der LGBTQIA+-Community. Während Angehörige und Unterstützer der queeren Community ihre Profilbilder als Zeichen ihrer Solidarität mit Regenbogenflaggen hinterlegten, riefen Rechtsextremisten dazu auf, stattdessen eine abgewandelte Deutschland-Flagge zu nutzen. Vorgeblich ging es der rechtsextremistischen Szene darum, mit der Aktion ihren Nationalstolz öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck zu bringen. Tatsächlich ist die Aktion jedoch als Ausfluss einer metapolitischen Social-Media-Strategie zu werten. Diese zielt darauf ab, ein Gegennarrativ zum „Pride Month“ zu etablieren, um queere Menschen und ihre Anliegen zu verhöhnen und sich selbst als Alternative mit den vermeintlich wichtigeren Themen in Szene zu setzen. Dabei versuchen Rechtsextremisten den Begriff „Nationalstolz“ als konsensfähige Alternative zu einer „verkommenen Moderne“ in Stellung zu bringen und behaupten, sich auf diese Weise gegen eine angeblich übermächtige „LGBTQIA+-Lobby“ zur Wehr zu setzen.

Im Rahmen der Kampagne wurden kettenbriefartig Aktionen und Aktionsaufrufe geteilt. Rechtsextremistische Akteure verbreiteten eigene realweltliche Aktionen und riefen zur Nachahmung auf.

Auch in Bayern fanden der Kampagne zuzurechnende Aktionen statt, so etwa am 19. Juni vor dem Münchner Rathaus, als 3 Aktivisten der AfD und JA ein Banner mit der Aufschrift „Stolz statt Pride“ sowie dem Logo der JA präsentierten. Wenige Tage später zeigten Aktivisten der IB eine Deutschlandfahne vor der Walhalla in Donaustauf (Lkr. Regensburg).

Am 23. Juni wiederholte die JA die Banneraktion vor der Bavaria-Statue auf der Münchner Theresienwiese in München mit etwa 10 Personen. Ein entsprechender Beitrag wurde am 24. Juni auf dem Telegram-Kanal der „JA Bayern" veröffentlicht. Der Beitrag enthält ein Bild der Aktion, auf dem die Gesichter der meisten Teilnehmer durch die in der rechtsextremistischen Szene beliebte Meme-Figur „Pepe the Frog" überdeckt wurden. Es konnten bisher 2 Personen identifiziert werden, bei denen es sich um Funktionäre der JA bzw. der AfD handelt.

Auffällig ist die Art und Weise, wie die Banneraktion inszeniert wurde. So erinnern die bei der Aktion verwendeten roten Rauchtöpfe und die dadurch erzeugte Ästhetik eher an ähnliche Aktionen der IB und weniger an solche der JA. Dies verstärkt den Eindruck, dass es neben zuletzt vermehrt festzustellenden personellen Überschneidungen zwischen „JA Bayern" und IB zunehmend auch zu einer inhaltlichen und in ihren Aktionsformen ähnlichen Agitation beider Organisationen kommt.

Laut Martin Sellner, dem führenden Aktivisten der IB im deutschsprachigen Raum, sei das Ziel der Kampagne, eine Diskussion über Nationalstolz anzustoßen. Unter absichtlicher Missdeutung des „Pride Month", der auf die Errungenschaften der LGBTQIA+-Bewegung gegen rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung verweist, empfiehlt er:

> *Wenn Menschen fragen, wieso man auf sein Land stolz ist, frage sie zurück, wieso sie auf ihre Queerness stolz sind.*

Das rechtsextremistische „Compact-Magazin“ rief am 6. Juni auf seiner Webseite zur Beteiligung an der „Stolzmonat“-Kampagne auf.

Neben Akteuren aus dem Bereich der extremistischen „Neuen Rechten“ bewarben auch Personen aus dem klassischen Rechtsextremismus die Kampagne. So wurde u.a. auf dem Telegram-Kanal von „FSN-The Revolution“, der dem Rechtsextremisten Patrick Schröder zuzurechnen ist, ein entsprechendes Profilbild eingestellt.

Auch bayerische Ableger der zwischenzeitlich in „Die Heimat“ umbenannten NPD beteiligten sich an der Kampagne. So hatte der Account „HEIMAT.Untermain“ am 5. und 11. Juni für die Kampagne geworben.

Mit Blick auf die Verbreitung der Kampagne suggerieren Szeneakteure, dass sich die Kampagne inhaltlich selbst trage und im Netz deshalb auf breite Unterstützung stieße, weil ein Großteil der Menschen dort deren queerfeindliche Ziele teilen würde. Auch wenn sich derartige Kampagnen in der Regel nur kurz in den sozialen Medien halten und auch die Resonanz innerhalb der Online-Community zumeist überschaubar bleibt, haben sie sich als rechtsextremistische Agitationsform in weiten Teilen der Szene etabliert.

Insgesamt ist die Diffamierung von LGBTQIA+-Personen auch ein propagandistisches Mittel, um gegen die moderne pluralistische Gesellschaft zu agitieren. Der dabei festgestellte Versuch, LGBTQIA+-Personen pauschal mit Pädophilie und Sexualstraftaten in Verbindung zu bringen, ist dazu geeignet, Übergriffe und Gewalttaten gegen LGBTQIA+-Personen und Menschen, die sich öffentlich mit diesen solidarisieren, zu fördern.

ISLAMISMUS

Im Islamismus werden die LGBTQIA+-Community und ihre Forderungen als nicht-islamkonform, unnatürlich, unmoralisch und als Zeichen der „Degeneration" der modernen Gesellschaft kategorisch abgelehnt. Das in der islamistischen Szene verbreitete Rollen- und Familienbild ist geprägt von heteronormativen bzw. männlich bestimmten Vorstellungen von Geschlecht, Sexualität, Partnerschaft und Familie sowie der Ablehnung der „Modernisierung der Geschlechterverhältnisse". Queere Lebensentwürfe werden in islamistischen Kreisen daher abgelehnt und herabgewürdigt.

Homo- und Transsexualität werden in der islamistischen Szene offensiv als psychische Erkrankungen oder Behinderungen pathologisiert, mit Pädokriminalität oder Zoophilie gleichgesetzt und als „Bedrohung“ und „Entartung“ einer „kranken westlichen Ideologie“ diffamiert.

So kommentierte der bundesweit bekannte salafistische Prediger Abu Rumaisa Demonstrationen in der Türkei, mit denen gefordert wurde, Gruppen, die sich für die Rechte der LGBTQIA+-Community einsetzen, zu verbieten, wie folgt:

> *Dieser Kufr [deutsch: „Unglaube“] ist nichts weiter als ein weiterer Versuch an die Kinder zu kommen um sie am Ende zu missbrauchen (Pädophilie).*

In den queerfeindlichen Beiträgen finden sich häufig auch Anklänge an antisemitische Verschwörungstheorien, denen zufolge Homosexualität, aber etwa auch der Feminismus, ein angeblich von der „jüdischen Elite“ verbreitetes „Übel“ zur Schwächung der muslimischen Glaubensgemeinschaft (arabisch: „Umma“) seien.

Politischer Salafismus

Anhängerinnen und Anhänger des politischen Salafismus verstehen sich als „Bewahrer“ der islamkonformen Familie und als „Beschützer“ ihrer Kinder vor angeblichen Übergriffen und der „Indoktrinierung“ mit der „LGBTQIA+-Ideologie“. Zudem gelte es, die muslimische Gemeinschaft vor „abtrünnigen“ Musliminnen und Muslimen, die die Stärkung der LGBTQIA+-Rechte unterstützen, zu verteidigen.

Sowohl die in der Propaganda genutzte Argumentationskette als auch die Bildsprache weisen dabei vielfach verblüffende Parallelen zur rechtsextremistischen Propaganda gegen die LGBTQIA+-Community auf.

Das in der islamistischen Szene weit verbreitete Opfernarrativ der angeblichen Unterdrückung der muslimischen Gemeinschaft und Identität durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft und Politik (vgl. Kapitel „Extremistische Instrumentalisierungsversuche im Themenfeld ‚Asyl und Migration'", S. 17 ff.) sowie der angeblich staatlich geförderten „Kriminalisierung" von Musliminnen und Muslimen wird mit der queerfeindlichen Agenda verknüpft. Zum einen wird der deutschen Gesellschaft eine „Doppelmoral" zu Lasten der muslimischen Glaubensgemeinschaft vorgeworfen. Während etwa das Verbrennen einer Israel-Flagge oder Regenbogenfahne als Antisemitismus und Homophobie gebrandmarkt würden, würde die Koran-Verbrennung, die der dänische Rechtsextremist Rasmus Paludan im Januar vor der türkischen Botschaft in Stockholm durchführte, als freie Meinungsäußerung akzeptiert.

Zum anderen zeige sich die Ungleichbehandlung der Musliminnen und Muslime in Deutschland auch am Umgang mit nicht-heteronormativen Lebens- und Familienmodellen. So würden zwar sexuelle Freiheit und alternative Beziehungsmodelle unterstützt und im Rahmen der Stärkung der Rechte der LGBTQIA+-Community sogar gefördert, die nach islamistischen Maßstäben erlaubte Polygamie jedoch abgelehnt und sogar kriminalisiert. In Folge dessen werden in der politisch-salafistischen Szene Verschwörungstheorien konstruiert und verbreitet, wonach die „LGBTQIA+-Ideologie" Teil einer bösartigen und islamfeindlichen Agenda des Staates bzw. des Westens sei, die das Ziel verfolge, die muslimische Identität (weiter) zu zerstören.

Eine abwertende queerfeindliche Agitation salafistischer Akteure tritt, obwohl auch in realweltlichen Kontexten feststellbar, überwiegend in den sozialen Medien auf. Neben einer grundsätzlich vorhandenen Queerfeindlichkeit schlagen dort insbesondere medienwirksam auftretende Vorfälle oder Ereignisse große Wellen.

So riefen die Debatten um LGBTQIA+-Rechte im Kontext der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Katar 2022 auch in der salafistischen Szene – einschließlich in Bayern – breite Reaktionen hervor, die v. a. die Haltung Katars begrüßten und eine „Heuchelei" des Westens kritisierten. Während der „Westen" von Asylsuchenden verlange, sich anzupassen, erkenne er selbst nicht die Werte und Traditionen des WM-Gastgeberstaates an und versuche stattdessen, seine eigenen Ansichten durchzusetzen.

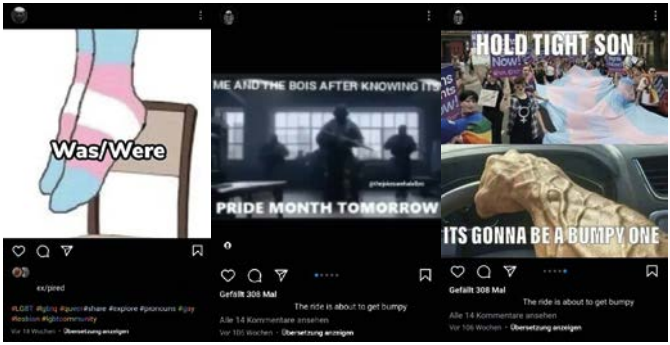
Jihadistischer Salafismus

Der jihadistische Salafismus befürwortet die gezielte Anwendung von Gewalt bis hin zur Tötung von Mitgliedern der LGBTQIA+-Community. So erließ und vollstreckte die Terrororganisation „Islamischer Staat" (IS) in ihren ehemals kontrollierten Territorien Todesurteile gegen Homosexuelle wegen des Vorwurfs der „Sodomie". Die besonders grausamen Hinrichtungen wie z. B. Steinigungen oder das Herabwerfen von Hausdächern, wurden von der jihadistischen Organisation in ihren Propagandamaterialien aufgegriffen und medienwirksam verbreitet.

In der jihadistischen Szene schlägt sich die Homo- und Transfeindlichkeit insbesondere in Online-Subkulturen nieder. Dort wird die Tötung homosexueller Menschen durch den IS in memefizierter Form gefeiert. So postete ein IS-Sympathisant zu Beginn des sogenannten „Pride Month" einen aus einem IS-Propagandavideo entnommenen und mit der Regenbogenfahne eingefärbten Screenshot, der die Hinrichtung eines als

homosexuell bezichtigten Mannes zeigt, begleitet durch den zynischen Hash tag #happypridemonth.

Islamisten setzen in ihren Posts gezielt reichweitenstarke und von der LGBTQIA+-Community selbst verwendete Hashtags wie #pride oder #lgbtq ein, um zum einen die Reichweite der eigenen Beiträge zu erhöhen und zum anderen Diskurse im Sinne der eigenen Ideologie zu beeinflussen und die LGBTQIA+-Community zu verhöhnen.



Anhängerinnen und Anhänger der deutschsprachigen und internationalen jihadistischen Szene äußern in den sozialen Medien gegen die LGBTQIA+-Community gerichtete Gewaltphantasien und Gewaltverherrlichungen und rufen aktiv zu solchen auf. Diesen Aktivismus rechtfertigen sie als vermeintlich gottgewollten Kampf gegen die „Ungläubigen“.

Die Queerfeindlichkeit der Akteure schlägt sich auch hier in der Meme-Kultur nieder. Oftmals werden dabei teils abgewandel te Memes aus antifeministischen (Incel-)Online-Subkulturen wie etwa auf der Onlineplattform „4Chan" verwendet. Der sogenannte „Arab Chad" etwa stellt die „arabisierte" Version des sehr selbstbewussten, maskulinen, blonden und blauäugigen „Yes Chad" dar, der eine kontroverse weil politisch nicht korrekte Meinung vertritt, ohne sich von seinem Gegenüber provozieren zu lassen. Als seine Interaktionspartner werden in der Regel Charaktere gezeigt, die einen linken profeministischen Lebensentwurf vertreten sollen. Der „Arab Chad" symbolisiert in diesem konfrontativen Rahmen stets eine gottgefällige und korankonforme Lebensführung, traditionelle Männlichkeit und die eigene Höherwertigkeit gegenüber Andersgläubigen und somit den Gegenentwurf zu westlich-linksliberalen queeren bzw. die queere Community respektierende Personen.

[1]

1 Jahannam arab. „Hölle" Gemeint ist die Verdammung der queeren Lebensweise im Jenseits

Trotz des militärischen und territorialen Niederganges des IS ist dieser weiterhin dazu in der Lage, Online-Propaganda zu verbreiten. Diese Produkte werden, wie auch in der Vergangenheit, dazu verwendet, um zu weltweiten Anschlägen gegen die LGBTQIA+-Community aufzurufen, wie auch in der im Februar erschienen 22. Ausgabe des dem IS-Regionalableger „Islamischer Staat Provinz Khurasan“ (ISPK) zuordenbaren Magazins „Voice of Khurasan“:

> *So other than Islam and jihad, there is no practical solution that can save humanity from the utmost moral demise due to worshipping desires – especially homosexuality and other shameful acts.*
>
> [deutsch sinngemäß: So gibt es abgesehen vom Islam und dem Jihad keine praktische Lösung, durch die die Menschheit vor dem äußersten moralischen Niedergang durch die Verherrlichung von Trieben – besonders Homosexualität und anderer schändlicher Handlungen – bewahrt werden kann.]

Auch Deutschland steht als mögliches Ziel für queerfeindliche Angriffe im Fokus des IS. In oben erwähnter Ausgabe des Magazins „Voice of Khurasan“ wird gegen die in Berlin-Moabit gelegene Ibn Rushd-Goethe-Moschee agitiert, die im Rahmen des „Pride Month“ eine Regenbogenfahne gehisst hatte. Die herausgebende jihadistische „al-Azaim“-Medienstelle veröffentlichte in diesem Beitrag den Namen der Moscheegründerin Seyran Ates und bezeichnete die Moschee als „Ort der Anbetung des Teufels“, in dem „Abkömmlinge von Schweinen und Affen“ den Islam beleidigten.

JIHAD IS AN OBSTACLE IN THE PATH OF THE FOLLOWERS OF WHIM

ISSUE 22 RAJAB 1444 H.

Ibn Rushd-Goethe Mosque is a self-proclaimed liberal mosque in Germany. Founded in the year of 2017 by Seyran Ateş, a lawyer and feminist activist. This place of worship of devils not only permits women and men to pray together in the same row without any partition in between them, but it also bans full-face veils, including the hijab and niqab. So, these are only a few of numerous examples of the extent to which the descendants of pigs and monkeys have been striving hard to pollute Islam, especially in the "Wild West".

the western countries, while Islam and homosexuality are the polar opposites. Corrupting Islamic creed is an old strategy of the Jews and the Chris-

Auch unter Anhängerinnen und Anhängern der deutschen jihadistischen Szene ist die Ibn Rushd-Goethe-Moschee als Feindbild fest verankert. So teilte ein deutscher jihadistischer Telegram-Kanal ein Foto der Moschee, wobei er die abgebildeten Personen als Kuffar (deutsch: „Ungläubige“) bezeichnete, begleitet von dem Hashtag #VergammelteAqidah (deutsch: „vergammelte Glaubenslehre“).

Ein weit verbreitetes Narrativ im jihadistischen Salafismus bildet zudem die Vorstellung, dass Gott homosexuelle Handlungen mit Naturkatastrophen bestrafe. In diesem Zuge veröffentlichte der ISPK ebenfalls in der 22. Ausgabe des Propaganda-Magazins „Voice of Khurasan“ anlässlich des Erdbebens in der Türkei und in Syrien eine Abbildung mit den angeblich wichtigsten Fakten zur jüngsten Naturkatastrophe. Als Gründe für das Erdbeben werden neben der Abschaffung der Scharia zugunsten menschengemachter Gesetze und der Mitgliedschaft der Türkei in der NATO auch die Legalisierung von Homosexualität in der Türkei genannt.

Legalistischer Islamismus

Im legalistischen Islamismus sticht vor allem der Aktivismus der Online-Initiativen „Realität Islam" (RI), „Generation Islam" (GI) und „Muslim Interativ" (MI) ins Auge. Diese stehen der 2003 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat verbotenen „Hizb ut-Tahrir" (HuT) nahe. Die 3 Akteure führen aufwändige Social-Media-Kampagnen gegen die LGBTQIA+-Community durch, die einer einheitlichen Medienstrategie folgen: Aktuelle öffentliche Debatten oder Meldungen aus Politik und Gesellschaft werden aufgegriffen, im Sinne ihrer islamistischen Ideologie gedeutet und mit weiteren Narrativen wie einer angeblich drohenden Assimilationspolitik oder dem Vorwurf des antimuslimischen Rassismus verwoben.

Vor allem die Akteure von RI konstruieren aus der Diskussion um die Stärkung der LGBTQIA+-Rechte eine „gefährliche" und destruktive Entwicklung in der deutschen Gesellschaft:

> *Ja, die (westliche) Welt scheint derzeit auf dem Kopf zu stehen, die menschliche Natur wird verleugnet und die Gesellschaften mit hochgefährlichen, ultraliberalen Ideen vergiftet. Nicht nur das! Alleine das Infragestellen dieser Ideen wird kriminalisiert.*

Musliminnen und Muslime, die Kritik an den aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen äußern, würden demnach in Deutschland kriminalisiert. Sich selbst sowie ihre Sympa-

thisanten stellen die Initiatoren von RI als die Bewahrer der moralischen Ordnung und den Islam quasi als „Gegengift" dar. So heißt es auf dem Instagram-Account von RI:

> *Wir Muslime werden weiterhin hinter dem klaren, unveränderlichen islamischen Standpunkt zum Thema „LGBTQ" stehen. […] Ebenso werden wir als Realität Islam niemals aufhören, die Muslime auf die staatlichen Entstellungsversuche des Islam aufmerksam zu machen. Die Erhaltung unserer islamischen Identität ist und bleibt unverhandelbar!*

Weiter heißt es:

> *Niemals dürfen wir als Muslime angesichts der gesellschaftlichen Atmosphäre einknicken, sodass wir zu Unrecht schweigen oder dieses gar verharmlosen.*

RI, GI und MI äußern sich ebenfalls mit verächtlich machenden Äußerungen über die LGBTQIA+-Community anlässlich eines Tanzprojektes an einer Kölner Montessori-Schule:

> *Werte Geschwister, aufgrund der extrem abstoßenden Perversion, die sich hier abgespielt hat, möchten wir es euch ersparen, näher ins Detail zu gehen. Nichtsdestotrotz müssen wir, gerade als Muslime, uns gegen so ein gewaltiges Unrecht aussprechen. Zumal diese kranke Indoktrination auch unsere Kinder hätte treffen können – und möge Allah die Kinder der Muslime davor bewahren!*

Neben der Selbstinszenierung als Beschützer der Kinder wird die queerfeindliche Haltung der HuT-nahen legalistischen Szene zudem auf zahlreiche andere, von den Organisationen propagierte Narrative projiziert. So werfen die HuT-nahen Online-Initiativen auch in diesem Kontext deutschen Politikerinnen und Politikern „Heuchelei" und „Doppelmoral" aufgrund der vermeintlich widersprüchlichen Einschätzungen zur Sexualisierung von Kindern vor.

> *Ein weiterer Aspekt, der hier benannt werden muss, ist die Heuchelei der Politik in Bezug auf den Umgang mit solchen Vorfällen, gegenübergestellt zum Umgang mit uns Muslimen. War es nicht damals das Kopftuch, welches Politiker […] bei Mädchen mit einer „Sexualisierung" in Verbindung brachten? Wo sind diese Stimmen auf einmal, wenn es um eine tatsächliche, offenkundige Sexualisierung geht! Hier wurde wieder einmal deutlich, dass es den Assimilationsbefürwortern nie um das Kindeswohl gegangen ist, sondern einfach jede Möglichkeit nutzen [sic!], um islamische Riten zu dämonisieren.*

Dies sei ein strategischer Ansatz, um Musliminnen und Muslime zwangsweise in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren sowie ihre islamischen Werte und Identitäten zu zerstören und zu kriminalisieren, so die Betreiber von RI, GI und MI.

Auch andere legalistisch-islamistische Organisationen wie etwa die Furkan-Gemeinschaft sprechen sich offen in verächtlicher und abwertender Weise gegen die LGBTQIA+-Community aus. So kommentiert etwa ein Anhänger der türkisch-islamistischen Organisation auf Facebook einen Screenshot des Buches „Papi, hast du ein Baby im Bauch?" mit den Worten

> *Dieser Einsatz für eine kranke Gesellschaft kann nur von weitaus krankeren Soziopathen kommen.*

AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

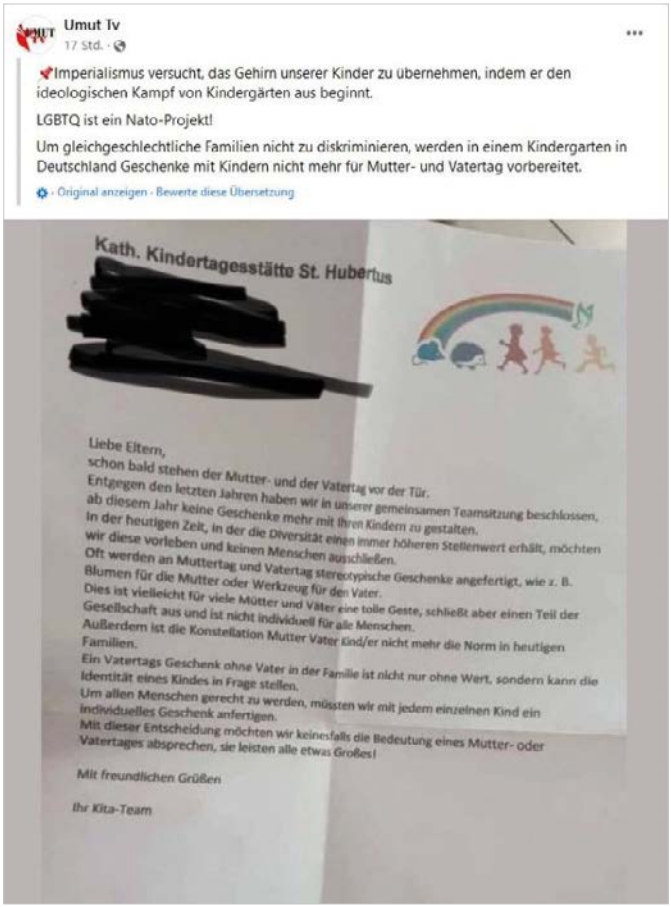
Im auslandsbezogenen Extremismus äußern sich vorrangig Akteure des türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü"-Spektrums LGBTQIA+-feindlich und verwenden dabei ähnliche Argumentationsmuster wie islamistische Akteure. Auch im Gesellschaftsideal türkischer Rechtsextremisten werden Männern und Frauen klare Rollen zugeschrieben, Männlichkeit und Weiblichkeit sind eindeutig und kategorisch definiert, abweichende Lebensmodelle und die zugehörigen Communities werden letztlich herabgewürdigt, diffamiert und angefeindet.

Demgegenüber unterstützen zwar einige linksextremistische Organisationen des auslandsbezogenen Extremismus die Belange der LGBTQIA+-Community und ebenso feministische Positionen, etwa die linksextremistisch ausgerichtete Terrororganisation „Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) oder die türkisch-linksextremistische „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML).

Einzelne Facebook-Accounts, die eine Nähe zur türkisch-linksextremistischen „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C) aufweisen, äußern sich jedoch auch offen queerfeindlich. Anlässlich einer zum „Pride Month" herausgebrachten Eiscremesorte in Regenbogenfarben wurde auf einem DHKP-C-nahen Account beispielsweise gepostet:

> *Der Kampf muss sich stärker auf LGBT konzentrieren. 193 Länderflaggen wurden am Rockefeller Center eingeholt. LGBT-Flagge wurde aufgehängt. Die Polizei des Bundesstaates San Francisco hat die LGBT-Flagge aufgehängt! Algida brachte LGBT-verpacktes Eis heraus. Die Flagge der neuen Weltordnung wird deutlich. Lehnen Sie Degeneration, die die kapitalistischen Imperialisten aufzwingen, ab!*

Die abwertende Haltung gegenüber der LGBTQIA+-Community wird hierbei nicht mittels der Bezugnahme auf konservative Gesellschaftsideale zum Ausdruck gebracht, sondern über antikapitalistische und antiimperialistische Argumentationsmuster und die extremistisch gefärbte Verschwörungstheorie einer angestrebten „neuen Weltordnung".



Rechtsextremismus

BEOBACHTUNG DER AFD

Einstufung als Verdachtsfall durch das BfV

Am 25. Februar 2021 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) als Verdachtsfall im Phänomenbereich Rechtsextremismus ein und berichtete anschließend öffentlich darüber. Gegen die Beobachtung und Berichterstattung durch das BfV legte die AfD Rechtsmittel ein. Das Verwaltungsgericht Köln bestätigte in der Entscheidung vom 8. März 2022 die Zulässigkeit der Beobachtung der AfD und der Berichterstattung durch das BfV. Die AfD hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt, über die bislang nicht entschieden worden ist.

Beobachtung der AfD durch das BayLfV

Stuft das BfV aufgrund bundesweiter Erkenntnisse die AfD wegen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als Verdachtsfall ein, liegen auch beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) regelmäßig die Voraussetzungen für eine Erklärung zum Beobachtungsobjekt vor. Der Beobachtung der AfD durch das BayLfV liegen – neben eigenen Erkenntnissen – die dem BfV und die im Verfassungsschutzverbund vorliegenden bundesweiten Erkenntnisse über die AfD als Gesamtpartei zugrunde. Die Feststellungen, die zur Beobachtung der AfD als Gesamtpartei geführt haben, besitzen auch für Bayern Gültigkeit, zumal es keine Anhaltspunkte gibt, dass der AfD-Landesverband Bayern sich von den Zielen der Gesamtpartei distanziert hat.

Die Beobachtung durch das BayLfV dient der Aufklärung, inwieweit sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür verfestigen, dass die AfD als Gesamtpartei Bestrebungen verfolgt, die den Kernbestand des Grundgesetzes zu beeinträchtigen oder zu beseitigen versuchen. Die innere Zerrissenheit der AfD als Gesamtpartei, Flügelkämpfe beziehungsweise eine Annäherung an extremistische Gruppierungen machen eine Beobachtung der AfD als Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz erforderlich. Dabei ist zu untersuchen, inwieweit die verfassungsfeindlichen Bestrebungen einzelner Gruppierungen für die künftige Entwicklung der AfD als Gesamtpartei von Bedeutung sein können und inwieweit Extremisten innerhalb der AfD eine steuernde Wirkung entfalten. Dementsprechend umfasst der Beobachtungsauftrag des BayLfV nicht sämtliche Funktionäre und Mitglieder und dient vorrangig der Klärung der Frage, ob die AfD als Gesamtpartei aktuell von einer verfassungsfeindlichen Grundtendenz beherrscht wird. Aus Verhältnismäßigkeitsgründen ist außerdem zu berücksichtigen, dass die AfD vom BfV noch nicht als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft ist.

Gegen die Beobachtung durch das BayLfV legte der bayerische AfD-Landesverband Rechtsmittel ein. Mit Beschluss vom 17. April lehnte das Verwaltungsgericht München (VG München) im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes die vom bayerischen AfD-Landesverband gestellten Anträge ab. Laut VG München sind Äußerungen von Parteimitgliedern darauf gerichtet, die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen und das Demokratieprinzip außer Geltung zu setzen. Sie zeigen ferner eine fortgesetzte Agitation gegen die Institutionen und Repräsentanten des Staates sowie gegen die demokratischen Parteien. Auch wenn die Äußerungen nur von einem Teil der Mitglieder stammten und nicht feststehe, dass sie die Meinung der gesamten Partei abbilden, sind sie dem VG München zufolge jedenfalls Ausdruck eines parteiinternen Richtungsstreits.

Dieser bilde die Grundlage für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, durch die festgestellt werden könne, in welche Richtung sich die Partei letztlich bewegt. Danach darf das BayLfV den bayerischen AfD-Landesverband vorläufig, das heißt bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren, beobachten und die Öffentlichkeit hierüber informieren.

Gegen den Beschluss des VG München im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes vom 17. April erhob der bayerische AfD-Landesverband Beschwerde; der Beschluss ist somit noch nicht rechtskräftig. Die Klage (Hauptsacheverfahren) des bayerischen AfD-Landesverbandes ist weiterhin anhängig.

Ethnischer Volksbegriff und staatsfeindliche Hetze

Verfassungsschutzrechtlich relevant ist ein Volksbegriff, der von einer ethnisch homogenen Gemeinschaft ausgeht, da dadurch all jenen, die nicht dem jeweils ethnisch definierten Volk angehören, nur ein rechtlich abgewerteter Status zuerkannt wird. Dabei wird denjenigen Personen, die nicht dem „ethnisch definierten Volk" angehören, der sich aus der Menschenwürde ergebende Achtungsanspruch abgesprochen und die elementare Rechtsgleichheit verweigert. In der „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" der AfD vom 18. Januar 2021 formulierte die Partei:

> *Im Sinne unseres politischen Ziels, dem deutschen Staatsvolk auch eine deutsche kulturelle Identität über den Wandel der Zeit zu erhalten, wollen wir die aktuelle Massenzuwanderung, die auf einem Missbrauch der Asylgesetzgebung beruht, beenden.*

Beim Satzungsparteitag des bayerischen AfD-Landesverbandes am 27. Oktober 2022 in Greding (Lkr. Roth) zeigte der JA-Bezirksverband Schwaben ein Banner mit der Aufschrift „Unser Volk zuerst, Autarkie – Souveränität – Remigration". Dieser Bannertext lässt sich einem ethnisch-kulturellen Volksbegriff zuordnen und wurde bereits zuvor von der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung" (IB) im Rahmen der Kampagne „#aktionsolidarität" verwendet.

Das Programm des bayerischen AfD-Landesverbandes zur Landtagswahl 2023 weist weitere Anhaltspunkte auf. So fordert der bayerische AfD-Landesverband u. a. den „Fortbestand unseres Volkes" in Verbindung mit dem „Erhalt unserer Heimat" und dem „Erbe unserer Vorfahren" sowie die „Zukunftsfähigkeit unseres Landes", welche die „Liebe zur Heimat und zum eigenen Volk" voraussetze.

Migrations- und Islamfeindlichkeit

Mitglieder bzw. Untergliederungen der AfD schüren Angst und Hass gegen Menschen muslimischen Glaubens. Dabei setzen sie den Islam mit Islamismus gleich und sprechen dem Islam zugleich ab, eine Religion im Sinne von Art. 4 GG zu sein. Die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen wird verletzt, indem diese wegen ihrer Religionszugehörigkeit systematisch, anhaltend und wiederholt pauschalisierend auf polemische Art und Weise herabgesetzt, ausgegrenzt und als kriminelle, nicht integrierbare Menschen 2. Klasse dargestellt werden. So verlinkte der AfD-Kreisverband Würzburg am 28. Januar über sein Facebook-Profil auf einen Artikel des rechtsextremistischen Internetblogs „Politically Incorrect/PI-News" („PI-News") vom 27. Januar. „PI-News" berichtete über 2 von Migranten verübte Gewalttaten mit Todesfolge in Deutschland und Spanien. Der AfD-Kreisverband Würzburg zitierte in seinem Post „PI-News" wie folgt:

> *Die Mörder vereint ein ähnliches Täterprofil: Beide Verbrecher sind Muslime und vorbestraft.*

In dem besagten „PI-News"-Beitrag heißt es weiter:

> *Wer Anreize für das Anwachsen türkisch-, arabisch- und afrikanisch-muslimischer Parallelgesellschaften setzt, gefährdet das Leben einer unkalkulierbaren Zahl nicht-muslimischer Europäer.*

Der Verfassungsschutz beobachtet den Kreis der regelmäßig publizierenden Personen des Internetblogs „PI-News". Dieser ist ein seit November 2004 bestehender reichweitenstarker Internetblog, auf dem auch islamfeindliche und rechtsextremistische Agitation verbreitet wird. Ideologisch prägend für den Internetblog ist die Erzählung von einer angeblichen „Umvolkung" und „Islamisierung" Deutschlands.

Auch das Programm des bayerischen AfD-Landesverbandes zur Landtagswahl 2023 beinhaltet Anhaltspunkte für das Schüren von Ängsten vor Migration. Unter dem Programmpunkt „Kulturfremde Masseneinwanderung“ bezeichnet es die AfD als „unerlässlich“, die „Werteordnung vor weiter fortschreitender Islamisierung“ zu schützen. Derartige Äußerungen sind geeignet, den Islam und Menschen muslimischen Glaubens pauschal zu diffamieren. Als gleichermaßen gegen die Menschenwürde gerichtet sind Äußerungen einzuordnen, die dazu geeignet sind, allgemein Sozialneid zu schüren, Abwehr und Unbehagen hervorzurufen sowie eine ablehnende, wenn nicht gar feindliche Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu begründen oder zu festigen. So zeigen jüngste Analysen, dass Gewalt gegen Asylbewerber und entsprechende Einrichtungen mit den verstärkten Aktivitäten und Agitationen in sozialen Medien korrelieren. Das Programm des bayerischen AfD-Landesverbandes zur Landtagswahl 2023 formuliert:

> *Deutsche Staatsbürger dürfen beim Zugang zu Wohnraum nicht länger benachteiligt werden. Sie sind es hauptsächlich, die jeden Tag arbeiten und mit ihren Leistungen unser Land tragen.*

Staats- und Demokratiefeindlichkeit

Tatsächliche Anhaltspunkte für Verhaltensweisen der AfD, die darauf gerichtet sind, das Demokratieprinzip und das davon mitumfasste Mehrparteiensystem außer Geltung zu setzten, ergeben sich aus der Agitation gegen Institutionen und Repräsentanten des Staates sowie gegen die demokratischen Parteien.

Dabei gehen Anzahl und Intensität der getätigten Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen über das Ausmaß einer bloßen Kritik hinaus. Das Grundsatzprogramm der AfD zeigt, dass es Bestandteil und Ziel der Partei ist, Misstrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit der Demokratie zu säen. Die AfD behauptet in ihrem Grundsatzprogramm, das „vordringliche Interesse“ von Berufspolitikern beschränke sich auf „Macht“, „Status“ sowie materielles „Wohlergehen“. Dabei betont sie:

> *Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.*

Das AfD-Grundsatzprogramm schließt mit den Worten:

> *Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.*

Damit versucht die AfD, das Bestehen einer „illegitimen" Situation in der Bundesrepublik Deutschland heraufzubeschwören. Die Wählerinnen und Wähler müssten befürchten, dass die von ihnen gewählten Repräsentanten nicht in ihrem Sinne handeln. Der in diesem Zusammenhang von der Partei häufig genutzte Begriff des „Kartells" suggeriert zudem, dass es sich um ein abgeschottetes System geheimer Absprachen handele, auf das von außen kein Einfluss genommen werden könne. In der Art und Weise, in der die AfD – abweichend vom wissenschaftlichen Sprachgebrauch – den Begriff verwendet, werden wesentliche Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung angegriffen: Den etablierten Parteien wird unterstellt, in verschwörerischer Weise Deutschland zersetzen und zerstören zu wollen. Anhaltspunkte für die Feststellung einer „illegitimen Situation" durch die AfD ergeben sich auch aus dem Programm des bayerischen AfD-Landesverbandes zur Landtagswahl 2023. Dieses kritisiert u. a. die angebliche

> *Abgehobenheit einer politischen Klasse, die sich dem eigenen Volk nicht mehr verpflichtet fühlt und es nur noch als Verfügungsmasse für ihre sozialistischen Experimente sieht.*

Bezüge zu rechtsextremistischen Akteuren

Am 18. Februar veranstaltete der AfD-Kreisverband München-Ost in München anlässlich der 59. Münchner Sicherheitskonferenz eine Kundgebung unter dem Motto „Kriegstreiber stoppen! Keine Sanktionen – Keine Waffenexporte". Unter den etwa 250 Teilnehmern befanden sich auch einzelne Rechtsextremisten. Als Redner trat neben bayerischen AfD-Funktionären auch der Chefredakteur des rechtsextremistischen „COMPACT-Magazins", Jürgen Elsässer, auf.

Die „COMPACT-Magazin GmbH" („COMPACT") wird seit dem Jahreswechsel 2020 im Phänomenbereich Rechtsextremismus vom Verfassungsschutz beobachtet. Über die im Jahr 2010 erstmalig erschienene Monatszeitschrift „COMPACT-Magazin" werden nicht nur verschwörungstheoretische Inhalte, sondern

regelmäßig auch islamfeindliche und fremdenfeindliche Motive verbreitet, die gegen die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes gerichtet sind. „COMPACT“ kann als ein bedeutendes Sprachrohr im Rechtsextremismus gesehen werden, welches mit zahlreichen Beobachtungsobjekten der Verfassungsschutzbehörden eng vernetzt ist und diesen eine Plattform bietet. Mit seiner thematischen Schwerpunktsetzung versucht „COMPACT“ nicht nur rechtsextremistische Zielgruppen umfänglich zu bedienen, sondern auch nicht extremistische Personenkreise zu erreichen.

Elsässer sagte während der AfD-Veranstaltung, Deutschland werde „vor die Hunde gehen, wenn wir die Kriegstreiber und Volksverräter da Oben nicht zum Teufel jagen“. Ihm zufolge müsse „das Volk der Regierung den Krieg erklären“, wenn diese „Russland den Krieg erklär[en]“ sollte. Zudem warb Elsässer unter dem Stichwort „Querfront“ für eine verstärkte Vernetzung in nerhalb des Spektrums der extremistischen „Neuen Rechten“, unter Einbezug von Björn Höcke und der Führungsfigur der „Identitären Bewegung“ (IB) im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner, sowie mit Gruppierungen der politischen Linken. In diesem Kontext führte er aus:

> *Und in diesem Frühjahr wächst der Widerstand neu zusammen. Wir haben fünf Kräfte im Widerstand, die jetzt zusammenkommen. Da sind einerseits die guten Patrioten rund um die AfD, das ist andererseits zum zweiten der Corona-Widerstand, die überall noch ihre Leute haben, die Corona-Rebellen, das sind zum dritten die anständigen Linken, die [e]s so auch gibt, […] das sind zum vierten die alternativen Medien mit dem Flaggschiff Compact und das ist [sic!] zum fünften die Freie Deutsche Jugend, Junge Alternative und Identitäre Bewegung. Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust!*

Diese Vernetzung korrespondiert mit einer Aktion einzelner IB-Aktivisten, die gemeinsam mit Mitgliedern der Aktivitas der Münchner „Burschenschaft Danubia“ während der AfD-Kundgebung am 18. Februar ein Banner mit der Aufschrift „GLOBALISTEN GRENZEN ZEIGEN – AUTARKIE – SOUVERÄNITÄT – REMIGRATION“ zeigten. In der Gesamtschau kann diese Kundgebung als ein Versuch gewertet werden, das innerhalb der rechtsextremistischen Szene entwickelte Konzept der sogenannten „Mosaik-Rechten“ umzusetzen. Szeneintern meint

der Begriff der „Mosaik-Rechten“ die Kooperation zwischen der AfD und den in ihrem gesellschaftspolitischen Umfeld angesiedelten Vorfeldorganisationen. Aus Sicht des Verfassungsschutzes ist unter „Mosaik-Rechten“ eine arbeitsteilige Aufgliederung und Entgrenzung im extremistischen neu-rechten Spektrum zu verstehen, wobei die einst klaren Trennlinien zwischen demokratischen, radikalen und extremistischen Positionen verwischt werden.

Am 15. April veranstaltete der bayerische AfD-Landesverband in Nürnberg eine Kundgebung, an der erneut einzelne IB-Aktivisten bzw. einzelne Mitglieder der Aktivitas der „Burschenschaft Danubia“ teilnahmen. Diese Aktion auf einer bayerischen AfD-Veranstaltung kann als weiterer Anhaltspunkt für die Öffnung der AfD in Bayern gegenüber rechtsextremistischen Organisationen gewertet werden.

UMBENENNUNG DER NPD IN „DIE HEIMAT“

Am 3. Juni hielt die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in Riesa (Sachsen) einen Bundesparteitag ab. Parteiangaben zufolge nahmen an der Veranstaltung auch Gäste mit Bezug zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) teil: Ein ehemaliger Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern sowie ein Gründungsmitglied der AfD, das am Folgetag der inzwischen umbenannten NPD beitrat. Beide Personen hielten Grußworte.

Zweck des NPD-Bundesparteitages war die Abstimmung über die neue strategische Ausrichtung der Partei, wobei die Umbenennung der NPD in „Die Heimat" im Zentrum stand. Hierbei konnte sich die Parteiführung um den Bundesparteivorsitzenden Frank Franz durchsetzen und erreichte mit einer Zustimmung von 77 Prozent die für die Umbenennung benötigte 2/3-Mehrheit der Delegierten. In einer Pressemitteilung äußerte sich die Partei am 3. Juni zur Umbenennung und zu ihrer künftigen Strategie wie folgt:

> *Es wird immer klarer, dass wir die letzte Generation von Deutschen sind, die das Ruder noch herumreißen kann, wenn es um den Erhalt unserer Heimat geht. Kommende Generationen werden, wenn es so weiter geht [sic!], als ethnische Minderheit in der Heimat ihrer Väter leben müssen. Dies vor Augen war für die Delegierten klar, dass wir keine Zeit für Partei- oder Gruppenegoismen haben. Es braucht jetzt starke patriotische Netzwerke, wirksame Bündnisse auf der Straße, in den Parlamenten und im vorpolitischen Raum. Unsere vorrangige Aufgabe wird es künftig sein, als Anti-Parteien-Bewegung und patriotischer Dienstleister am Aufbau dieses Netzwerks mitzuwirken. […] Die Heimat soll eine Sammlungsbewegung für alle schaffen, die ihre Heimat behalten wollen, die nicht nur meckern, sondern aktiv werden wollen. Die Proteste der letzten Jahre, ob gegen die Asylwelle, gegen die Corona-Maßnahmen oder gegen die politisch hausgemachte Energiekrise, haben gezeigt, dass der Widerstand wächst. Dieser Widerstand muss vernetzt werden. An diesem Netzwerk für die Heimat wollen wir mitwirken.*

Im Januar 2022 war im Internet das Rundschreiben „Chefsache: Stürmische Zeiten" bekannt geworden, in dem der NPD-Bundesparteivorsitzende Frank Franz für den Bundesparteitag der

NPD im Mai 2022 wirbt. Im Rahmen des Bundesparteitages im Mai 2022 müsse, so Franz, „die Richtung für die kommenden Jahre“ beschlossen werden. Franz zufolge arbeite innerhalb der NPD eine „kleine Gruppe von Sektierern und Störenfrieden“, die „innerparteilich satzungswidrige Parallelstrukturen“ aufbaue und „parteischädigend und zersetzend“ handele. Direkt vor dem NPD-Bundesparteitag 2022 hatten die Bundes-NPD sowie die ihr zuzuordnende Zeitschrift „Deutsche Stimme“ im Internet und in den sozialen Medien Strategie- und Diskussionsbeiträge veröffentlicht, die hinsichtlich der für die NPD desaströsen Wahlergebnisse der jüngeren Zeit eine Neuausrichtung der Partei propagierten. Der Parteiname „NPD“ galt nach eigener Einschätzung als „verbrannt“. Beim NPD-Bundesparteitag vom 14. und 15. Mai 2022 scheiterte die Parteiumbenennung jedoch noch an der benötigten 2/3-Mehrheit der Delegierten.

Auf dem Parteitag des NPD-Bezirksverbandes Mittelfranken am 24. Juli 2022 wurde thematisiert, dass man künftig auf den positiv besetzten Begriff „HEIMAT“ setzen werde, um „auf der Straße aktiver sein zu können“. In Zusammenhang mit der Umbenennungsdebatte konnten bereits im Jahr 2022 in Bayern Social-Media-Präsenzen festgestellt werden, die allesamt zusätzlich mit dem Label „Heimat“ versehen waren und einem kohärenten Design folgten. So verwies auch das Facebook-Profil des NPD-Landesverbandes Bayern am 11. September 2022 auf das seit 3. September 2022 bestehende Facebook-Profil „Heimat Bayern“.

Am 21. Januar 2023 fand in Ansbach eine sich fortbewegende Kundgebung zu den Themen Frieden, Freiheit und Russland-Sanktionen mit etwa 75 Personen statt. Unter den Teilnehmern befanden sich der bayerische NPD-Landesvorsitzende Rainer Hatz und bis zu 7 weitere Personen, die 2 Transparente mit dem neuen Parteilabel „Heimat!“ zeigten. Auf den Telegramkanälen “heimat_franken“ und “heimat_bayern“ konnten am 24. Januar Bilder der Kundgebung festgestellt werden.

Am 4. Juni beschloss der Bundesparteitag der nun umbenannten Partei „Die Heimat“, an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 teilzunehmen und erstellte hierfür eine Kandidatenliste. Als Spitzenkandidat für „Die Heimat“ setzte sich ein früherer NPD-Europaabgeordneter durch, aus Bayern wurden 2 Kandidaten aufgestellt, darunter ein früherer bayerischer NPD-Landesvorsitzender.

Ob die Umbenennung in „Die Heimat“ zu den erhofften positiven und strategischen Auswirkungen für die Partei und ihre Netzwerke führt, bleibt vor dem Hintergrund einer Überalterung, sinkender Mitgliederzahlen, einer politischen Konkurrenzsituation mit anderen rechtsextremistischen Parteien und parteiinterner Streitigkeiten allerdings abzuwarten. So hatte das Schiedsgericht des NPD-Landesverbandes Saarland am 23. Mai und damit kurz vor dem NPD-Bundesparteitag den Parteiausschluss des NPD-Bundesvorsitzenden Frank Franz bekannt gegeben. Franz bezeichnete diesen Vorfall in einer Pressemitteilung der NPD noch am selben Tag als absurd und wies den Schiedsspruch als Ergebnis parteiinterner Querelen zurück.

BÜRGER- UND PARTEIBÜRO DES III. WEG IN SCHWEINFURT

Die neonazistische Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) verfügt seit Mitte 2022 über eine angemietete Immobilie im Schweinfurter Ortsteil Oberndorf. Am 29. Oktober 2022 fand dort die öffentlichkeitswirksame Eröffnung eines Bürger- und Parteibüros mit bis zu 30 lokalen und überregionalen Parteiaktivistinnen und -aktivisten statt, darunter auch der Bundesvorsitzende Matthias Fischer und die bayerische Landesvorsitzende Jasmine Eisenhardt. Damit verfügt der „III. Weg“ erstmals über eine feste öffentliche Anlaufstelle in Bayern.

Am 3. Dezember 2022 gründete die „III. Weg“-Jugendorganisation „National Revolutionäre Jugend“ (NRJ) im Bürger- und Parteibüro in Schweinfurt den NRJ-Stützpunkt Franken. Es ist davon auszugehen, dass sich künftige Aktivitäten der NRJ in Bayern nicht auf die Immobilie in Schweinfurt beschränken werden, sondern sich auf den gesamten nordbayerischen Raum erstrecken können. Im Jahr 2023 kam es in Zusammenhang mit dem Schweinfurter Bürger- und Parteibüro des „III. Weg“ zu fortgesetzten Aktivitäten. So bewarb die Partei auf ihrer Internetseite eine für den 21. Januar im Schweinfurter Stadtzentrum angemeldete Kundgebung und verwies dabei auch auf das lokale Bürger- und Parteibüro, das u. a. eine wöchentliche Bürgersprechstunde anbietet.

Unter dem Motto „Die wahre Krise ist das System!“ führte der „III. Weg“ am 1. Mai seinen diesjährigen „Arbeiterkampftag“ in Bayern als „Tag der offenen Tür“ mit Bürgerfest im Schweinfurter Bürger- und Parteibüro durch. Dabei sollten sich Besucherinnen und Besucher ein Bild von der Parteiarbeit machen können. Der „III. Weg“ nutzte dies als Gelegenheit, um u. a. auf seine „Tiertafel“ und seine kostenlose Kleiderausgabe für Deutsche hinzuweisen. Obwohl die Veranstaltung im Vorfeld sowohl auf der Parteiwebseite als auch mit Flugblättern und Straßenplakaten in der Region Schweinfurt beworben wurde, fand sie in der Bevölkerung keine Beachtung. Insgesamt beteiligten sich etwa 40 Parteiangehörige an der Aktion.

Die bayerische Landesvorsitzende Jasmine Eisenhardt stellte in ihrer Rede die Partei und die NRJ vor. Weitere thematische Schwerpunkte der Reden von Parteiangehörigen waren Kritik am „System BRD“, die Darstellung der „nationalrevolutionären“ Grundsätze der Partei sowie die dem „III. Weg“ zufolge verfehlte Asyl- und Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine von Parteiangehörigen inszenierte „satirische“ Theateraufführung, in der die vermeintliche Ausbeutung deutscher Arbeiter durch das „Großkapital“ dargestellt wurde. Der Begriff „Großkapital“ ist in diesem Zusammenhang als antisemitische Chiffre zu verstehen.

Anders als in den Vorjahren verzichtete der „III. Weg“ erstmals auf eine zentrale und bundesweite Kundgebung zum 1. Mai. Stattdessen führte die Partei lediglich dezentrale Veranstaltungen in ihren 4 Bürger- und Parteibüros in Plauen (Sachsen), Ohrdruf (Thüringen), Hilchenbach (Nordrhein-Westfalen) und Schweinfurt durch. Ein wesentlicher Grund für die geänderte Vorgehensweise liegt mutmaßlich in dem seit langem rückläufigen Mobilisierungspotenzial der Partei, das insbesondere bei großen und zentralen Kundgebungen deutlich sichtbar wird. So kamen beispielsweise zum letzten „Heldengedenken“ am 12. November 2022 in Wunsiedel lediglich 120 Personen zusammen. Zudem bieten dezentrale Veranstaltungen dem „III. Weg“ die Möglichkeit, eine breitere Öffentlichkeit für die jeweiligen Bürger- und Parteibüros und seine „Arbeit vor Ort“ zu erzeugen, u. a. um das demokratische und bürgerliche Spektrum zu erreichen. Diese Strategie der Bürgernähe beschrieb der „III. Weg“ am 8. Mai auf seiner Internetseite:

> *In all den Jahren hat sich aber unsere Organisationsstruktur geändert, mittlerweile betreiben immer mehr Stützpunkte unserer nationalrevolutionären Partei interne und öffentliche Räumlichkeiten sowie Bürger- und Parteibüros, in denen ganzjährig zahlreiche soziale Projekte umgesetzt werden. […] Freiräume zu schaffen ist ein Grundstein nationalrevolutionären Strukturaufbaus und so sind die Bürger- und Parteibüros in Plauen, Hilchenbach, Ohrdruf und hier in Schweinfurt nicht nur einfach Büros, sondern diese Freiräume sind geradezu Leuchttürme unserer Bewegung. […] Wir können hier unsere Zusammenkünfte so gestalten, um Teile des kommenden Deutschlands nach unserer Vorstellung bereits im Hier und Jetzt Wirklichkeit werden zu lassen.*

Es ist damit zu rechnen, dass der „III. Weg“ das Bürger- und Parteibüro in Schweinfurt auch in Zukunft für Zusammenkünfte, Veranstaltungen sowie gegebenenfalls auch als Ausgangspunkt für Parteiaktionen nutzen wird.

IDENTITÄRE BEWEGUNG BETREIBT STRATEGIE DER METAPOLITIK

Die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ (IB) führte auch im ersten Halbjahr 2023 in Bayern mehrere Aktionen durch, um weitere Bekanntheit zu erlangen und Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen. Dabei bezieht sich die islam- und fremdenfeindliche Gruppierung konzeptionell unmittelbar auf das Ideenarsenal der sogenannten „Neuen Rechten“. Sie versucht, durch das Besetzen, Prägen und Umdeuten von Begriffen Diskursräume zu verändern, Sagbarkeitsfelder zu erweitern sowie die Akzeptanz für extremistische Vorstellungen in der Gesellschaft zu erhöhen. So bekräftigte Martin Sellner, die Führungsfigur der IB im deutschsprachigen Raum, im April in der Szenezeitschrift „Sezession“ das Ziel, „durch anschlussfähige Provokation eigene Ideen mittels Normalisierung und Wiederholung salonfähig zu machen“. Kurz zuvor hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt), welches u. a. der Herausgeber der Zeitschrift ist, als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft.

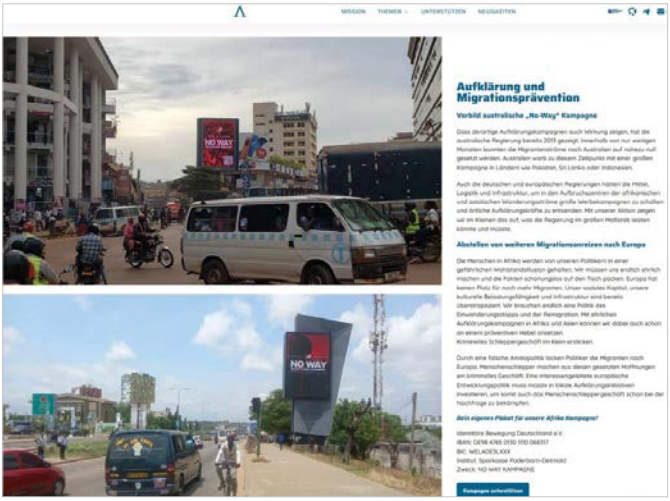
Seit Jahresbeginn konzentrieren sich die in Bayern etwa monatlich stattfindenden metapolitischen Aktionen der IB v. a. auf den Themenkomplex „Asyl und Migration“, der in der öffentlichen Debatte in den letzten Monaten stark an Relevanz gewonnen hat. So arbeitet die IB u. a. daran, innerhalb der Bevölkerung eine Ablehnung von Asylbewerbern zu befördern, indem sie diese pauschal als „Gefährder“ herabwürdigt. Zugleich soll den Anwohnern vor Ort suggeriert werden, dass der demokratische Rechtsstaat und seine Sicherheitsorgane nicht in der Lage oder nicht Willens seien, die Herausforderungen der jüngst stark gestiegenen Flüchtlingszahlen zu bewältigen. Die IB-Banneraktion der Regionalgruppe „Wackre Schwaben“ am 9. Februar in Peutenhausen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) und der „Lederhosen Revolte“ am 17. Mai in München belegen diese Vorgehensweise (siehe auch Kapitel „Extremistische Instrumentalisierungsversuche im Themenkomplex ‚Asyl und Migration‘“, S. 11 und 12).

Diese Vorstöße fügen sich ein in eine Serie vergleichbarer IB-Aktionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie stellen jedoch nur eine Teilkomponente der beschriebenen Metapolitik bzw. der sogenannten „Strategie der ‚Reconquista'[1], also [der] Kulturrevolution von rechts", dar.

Neben derartigen Aktionen, die eine direkte Wirkung vor Ort erzielen sollen, versuchen unterschiedliche rechtsextremistische Projekte auch über ideologisch geprägte Bildungsangebote weitere Zielgruppen zu erreichen: So präsentiert sich beispielsweise das IfS als zentraler Impulsgeber der „Neuen Rechten", der mit Publikationen, Vorträgen und Akademien das politische Geschehen kommentiert und dabei auch rechtsextremistische Argumentationsmuster verbreitet. Ziel des in Rostock gemeldeten identitären Projektes „GegenUni" ist es, jungen Erwachsenen über eine digitale Lernplattform ein „wachsendes Angebot an Seminaren und Lesekreisen zu rechten Themen" anzubieten, um aus dem „Exil der Gegenuniversität" langfristig eine „Rückeroberung" der als parteiisch „links" empfundenen Universitäten vorzubereiten.

Um kontinuierlich auf öffentliche Diskurse einwirken zu können, startet die IB immer wieder neue Projekte und Kampagnen. Zu den inlandsbezogenen Kampagnen im Netz gehört beispielsweise die Webseite „Gefährder-Map". Die Webseite zeigt eine interaktive Deutschlandkarte, auf der angebliche islamistische Gefährder, Treffpunkte und Anschläge verzeichnet sind. Zudem tritt die IB, zum Beispiel im Rahmen der sogenannten „Sommertour", mit öffentlichen Info-Kampagnen auf Straßen und Plätzen in Erscheinung. Mitunter führt der deutsche Ableger der IB auch im Ausland Aktionen durch. Ein Beispiel hierfür ist die „Alternative Help Association" (AHA) – ein angebliches Hilfsprojekt der IB, das seit 2018 eigenen Angaben zufolge Fluchtursachen vor Ort bekämpfen soll. Im Mai berichtete die IB, eine „Aufklärungskampagne zur Verhinderung der Masseneinwanderung nach Europa" begonnen zu haben. Die veröffentlichten Bilder sollen großflächige Anzeigetafeln in mehreren afrikanischen Städten mit der Aufschrift „NO WAY – don't come to Europe" bzw. „NO WAY – your country needs you" zeigen.

1 Spanisch: „Rückeroberung". Mit Verwendung des Begriffs rekurriert die IB auf die gleichbezeichnete Rückeroberung der iberischen Halbinsel durch christliche Reiche unter Zurückdrängen der muslimischen Mauren zwischen 722 und 1492 n. Chr.



Die Parole „NO WAY – you will not make Europe home" hatte die IB bereits 2017 bei ihren „Defend Europe"-Kampagnen im Mittelmeer und 2021 in den französischen Alpen verwendet (siehe Verfassungsschutzbericht Bayern 2021, S. 215). Im Zentrum der aktuellen „No Way"-Kampagne steht neben der angeblich durchgeführten Plakataktion auch eine englischsprachige Webseite.

Die Webseite zielt darauf ab, potenzielle Migrantinnen und Migranten sowie Asylbewerber von einer Einreise nach Europa abzuhalten und warnt vor einer gefährlichen, teuren Reise und unsicheren, langen Asylverfahren. Hier heißt es u. a.:

> *We want a world in which everyone enjoys living in their own home. […] Africa […] needs young, committed and energetic men and women to build an existence among their loved ones, their friends and their homeland.*

Es ist davon auszugehen, dass die IB mit ihren vorgeblich wohlmeinenden Ratschlägen ihr Kernziel verfolgt, sämtliche Migration, vor allem aus afrikanischen Staaten, zu unterbinden. Dies begründet sie insbesondere pauschalisierend mit der angeblichen Sicherheitsbedrohung, die von Migration aus diesen Staaten ausgehe. Das dieser Kampagne zugrundeliegende Narrativ entspringt dem Konzept des „Ethnopluralismus" und der Verschwörungstheorie eines „Großen Austausches".

Bisher fand die „No Way"-Kampagne vor allem innerhalb der rechtsextremistischen Szene Beachtung. Derzeit liegen jedoch keine gesicherten Erkenntnisse darüber vor, ob die Plakataktion tatsächlich durchgeführt wurde bzw. über welchen Zeitraum sich die Aktion erstreckte.

Analog zu ihren bisherigen Aktionen gelingt es der IB auch mit der „No Way"-Kampagne kaum, eine größere Reichweite zu erlangen oder ihre verfassungsfeindlichen Überzeugungen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Dennoch können „anschlussfähige Provokationen" dazu beitragen, auch über Szenegrenzen hinaus, interessierte Personen anzuwerben und für die eigene rechtsextremistische Ideologie empfänglich zu machen.

Der identitäre Versandhandel „Phalanx[2] Europa" nahm aus „aktuellem Anlass das beliebte No-Way Motiv als Wiederauflage" in seinen Online-Shop auf, wo das Paket mit jeweils 50 Aufklebern mit Stand vom 30. Juni vergriffen war.

2 Griechisch: Walze oder Rolle; hier: militärische Kampfformation.

Reichsbürger und Selbstverwalter

HOHES GEWALTPOTENZIAL BEI REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN

Zur Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter gehören Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit verschiedenen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei treten große Teile der bislang strukturarmen Szene in Bayern als Einzelpersonen ohne „Organisationsbezug" in Erscheinung. Mit Hilfe des Internets können Szeneangehörige jedoch problemlos die eigene Reichweite erhöhen und unverbindlich auch überregional in den gegenseitigen Austausch treten, ohne sich dabei im engeren Sinne zu vernetzen.

Zur Verwirklichung ihrer Ziele treten sie zum Teil auch besonders aggressiv auf. Ihre Agitation richtet sich in den meisten Fällen auf die Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen, Behörden und Ämtern. Bereits Anzeichen wie „Vielschreiberei" können auf eine grundsätzliche Frontstellung gegen den Staat und eine damit verbundene erhöhte Gewaltbereitschaft hinweisen. Insgesamt ist die Reichsbürgerideologie geeignet, Personen in ein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild zu verstricken, in dem aus Staatsverdrossenheit auch Staatshass werden kann. Dies kann zur Grundlage für Radikalisierungsprozesse werden und bis zur Gewaltanwendung führen.

Seitdem auch die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene im Jahr 2020 mit den Beschränkungsmaßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie konfrontiert wurde, hat auch das ohnehin vielfach in der Szene propagierte Thema „Ausstieg aus den staatlichen Strukturen" abermals an

Bedeutung gewonnen. Dies zeigt sich insbesondere an den Aktivitäten von bundesweit agierenden Reichsbürgergruppierungen sowie an der Häufigkeit von Vortrags- und Seminarveranstaltungen rund um den Themenkomplex „Systemausstieg".

Den Sicherheitsbehörden in Bayern ist es durch kontinuierliche Ermittlungsarbeit gelungen, die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter weiter aufzuklären. Zum Stand 30.06.2023 lagen zu 5.505 Personen belastbare Hinweise bezüglich ihrer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene vor. Besonderes Augenmerk legt das Bayerische Landesamt für Verfassungssschutz auf das von Szeneangehörigen ausgehende Gewaltpotenzial. Aktuell werden 450 Personen als gewaltorientiert eingestuft.

Waffenaffinität innerhalb der Szene

Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter ist in hohem Maße waffenaffin. Einige Szeneangehörige verfügen (noch) über legal erworbene Waffen, Szeneangehörige verfügen aber auch über erlaubnisfreie Waffen zur Selbstverteidigung und Durchsetzung ihrer Ziele und schrecken ebenfalls vor dem illegalen Besitz von erlaubnispflichtigen Waffen nicht zurück. All diese Aspekte müssen bei staatlichen Exekutivmaßnahmen bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern stets berücksichtigt werden.

Die Waffen- und Gewaltaffinität der Szene zeigten zuletzt die Ermittlungen gegen die mutmaßlich terroristische Vereinigung um Heinrich XIII. Prinz Reuß. Zur Gruppierung gehörten neben Rechtsextremisten und Reichsbürgern auch Personen,

die dem Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zuzurechnen sind. Der Gruppierung wird vorgeworfen, die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform ersetzen zu wollen. Dass Angehörige dieser Gruppe entschlossen waren, ihre Pläne notfalls auch mit Waffengewalt durchzusetzen, zeigte sich bei einer Durchsuchungsmaßnahme am 22. März, bei der ein Reichsbürger mit einer großkalibrigen Schusswaffe das Feuer auf die Polizeikräfte eröffnete und dabei einen Beamten am Arm verletzte.

Aufgrund ihrer großen Waffenaffinität werden bei Reichsbürgern nicht nur legale Waffen festgestellt, sondern auch illegale Waffen bis hin zu ganzen Waffenarsenalen. Bei einer Durchsuchung am 2. März in München wurden u.a. 3 funktionsfähige Handgranaten, 1 scharfe halbautomatische Pistole, diverse Messer und Schlagstöcke, 1 Armbrust sowie mehrere tausend Schuss scharfe Munition gefunden. Anlass der Durchsuchung waren laufende Ermittlungen gegen einen Reichsbürger, nachdem dieser im Internet den Mord an 2 Polizeibeamten in Kusel (Rheinland-Pfalz) im Jahr 2022 gutgeheißen hatte.

Innerhalb der Reichsbürgerszene kursieren aber auch unterschiedliche erlaubnisfreie Waffen. Bei einer am 24. März erfolgten Durchsuchung bei einem Reichsbürger im Landkreis Nürnberger Land wurde im Keller des Anwesens eine Vielzahl von erlaubnisfreien Waffen gefunden, darunter auch Armbrüste mit geschliffenen Bolzen, Sportbögen, Einhandmesser, Kurzspeere und Blasrohre. Zur Durchsuchung kam es im Zuge eines Amtshilfeersuchens der zuständigen Obergerichtsvollzieherin, nachdem der Reichsbürger den Beschäftigten eines Stromanbieters den Zutritt zu seinem Grundstück verweigert und das verhängte Ordnungsgeld nicht bezahlt hatte.

Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen

Zur Eindämmung des Gefährdungspotenzials durch den Waffenbesitz von Reichsbürgern werden deshalb regelmäßig und systematisch waffenrechtliche Erlaubnisse überprüft und, wo möglich, entzogen. Jede waffenrechtliche Erlaubnis setzt eine waffenrechtliche Zuverlässigkeit voraus, die bei Angehörigen der Reichsbürgerszene aber regelmäßig zu verneinen ist, da die Nichtanerkennung des Staates und seiner Gesetze Kernbestandteil der Ideologie sind. Seit dem Beginn der Beobachtung der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene im Jahr 2016 bis zum Jahreswechsel 2022/2023 haben die bayerischen Sicherheitsbehörden insgesamt 525 waffenrechtliche Erlaubnisse durch Widerruf oder aufgrund eines vor Widerruf erklärten freiwilligen Verzichts entzogen. Dabei wurden 1.095 Waffen bei der Waffenbehörde oder an Berechtigte abgegeben.

Die staatlichen Maßnahmen zur Sicherstellung von Waffen sowie der Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen zeigen bei Szeneangehörigen Wirkung und sind als Erfolg zu werten.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, den Waffenbesitz innerhalb der Szene weiterhin konsequent aufzudecken und zu unterbinden, aber auch hinsichtlich des Besitzes erlaubnisfreier Waffen besondere Sensibilität walten zu lassen.

Linksextremismus

AKTUELLE THEMEN LINKSEXTREMISTISCHER (ONLINE-)AGITATION

Linksextremistische Akteure versuchen kontinuierlich, ihre extremistischen Positionen in der Mitte der Gesellschaft zu verankern und Unterstützung für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu generieren. Um ihre Ansichten zu verbreiten, interessierte Personen für die Teilnahme an ihren Aktionen zu mobilisieren und ihre Proteste zu koordinieren, nutzt die Szene auch die sozialen Medien.

Im Gegensatz zur islamistischen und zur rechtsextremistischen Szene, die bei ihrer Onlineagitation oftmals auf über Szenegrenzen hinaus bekannte Influencer setzen, weist die linksextremistische Online-Agitation oftmals lokale oder themenspezifische Bezüge auf. Zudem richtet sie sich überwiegend an vergleichsweise kleine bzw. exklusive Nutzerkreise, wobei einzelne aktions- bzw. -gewaltorientierte Gruppierungen konspirativ agieren und persönliche Kontakte im Vordergrund stehen. Die Beschränkung auf kleine Nutzerkreise bzw. persönliche Kennverhältnisse dient dazu, sich der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden zu entziehen.

Schwerpunkte linksextremistischer Agitation sind aktuell die linksextremistischen Themenfelder „Antirepression“, „Antifaschismus“ und „Antimilitarismus“.

Je nach Themenfeld gelingt es der Szene jedoch oftmals nicht, ihre z.T. umfangreichen Mobilisierungsaktivitäten in reale Teilnehmerzahlen zu übersetzen. Wie bereits anlässlich des G7-Gipfels 2022 in München erkennbar, verliefen die szeneinternen Mobilisierungskampagnen für linksextremistische Veranstaltungen auch im ersten Halbjahr 2023 eher schleppend und generierten oftmals geringe Teilnehmerzahlen. So wurde bei der Demon-

stration gegen den G7-Gipfel 2022 auf Grund der Mobilisierung ein linksextremistischer „Schwarzer Block“ von 800 Personen erwartet, letztlich zählte er nach Einschätzung der Polizei nur ca. 300 Personen. Gleichzeitig ist die Massenmilitanz, bei der in der Vergangenheit Übergriffe aus „schwarzen Blöcken“ heraus verübt wurden, rückläufig. Dies schließt jedoch nicht aus, dass insbesondere bei Großveranstaltungen wie z. B. der diesjährigen Internationalen Automobil-Ausstellung IAA Mobility (IAA) in München oder politischen Gipfeltreffen Massenmilitanz von der Szene angedroht oder eingesetzt wird, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass linksextremistische Organisationen auch die diesjährigen Proteste gegen die IAA 2023 nutzen werden, um sich medial in Szene zu setzen. Nachdem unter Autonomen zunächst eine gewisse Lethargie im Hinblick auf die IAA 2023 zu beobachten war, ist in der linksextremistischen Szene mittlerweile eine zunehmende Protestmotivation feststellbar. Erfahrungsgemäß ist mit einer verstärkten linksextremistischen Mobilisierung in der Zeit unmittelbar vor der Veranstaltung zu rechnen. Das tatsächliche Veranstaltungsgeschehen hängt davon ab, inwieweit sich auch überregionale Gruppen und Autonome aus den linksextremistischen Zentren Deutschlands an den Protesten beteiligen.

Antifaschismus: Linksextremistische Solidaritätskampagnen im Fall Lina E.

Am 31. Mai verurteilte das Oberlandesgericht Dresden (OLG Dresden) die 28-Jährige Hauptangeklagte Lina E. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft. Gemeinsam mit 3 weiteren Mitgliedern der sogenannten „Eisenacher Gruppe“ hatte Lina E. nach

Überzeugung des Gerichts zwischen Oktober 2018 und Frühjahr 2020 mindestens 6 Angriffe auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Sachsen und Thüringen verübt. Die 3 Mitangeklagten erhielten Haftstrafen zwischen 2 Jahren und 5 Monaten und 3 Jahren und 3 Monaten. Gegen weitere Personen wird derzeit noch ermittelt.

Bereits vor Prozessbeginn im September 2021 drohte die linksextremistische Szene den staatlichen Institutionen Vergeltung an und bekundete ihre Solidarität mit den Beschuldigten. Auch in den sozialen Medien wurden entsprechende Solidaritätskampagnen gestartet, u.a. unter den Mottos „Antifa-Ost-Verfahren" und „Wir sind alle LinX!" Letzteres Motto basiert auf einer gleichnamigen bundesweiten Kampagne des „Rote Hilfe e.V." (RH), die sich „gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus" richtet.

In zahlreichen Verlautbarungen der linksextremistischen Szene wurde offen zur Anwendung von Gewalt aufgerufen. Einige dieser Apelle nahmen Bezug auf die Ausschreitungen rund um den Hamburger G20-Gipfel 2017, bei denen Hunderte Menschen verletzt wurden und Schäden in Höhe von 12 Millionen Euro entstanden waren.

In einem Beitrag vom 2. Februar auf der linksextremistischen Internetplattform de.indymedia.org mit der Überschrift „THE PRICE FOR OUR FREEDOM!" heißt es:

> *Für jede/n Genoss*in und Gefährt*in und für jeweils jedes Jahr Knast, gibt es ab sofort 1 Million Sachschaden bundesweit!*

> *Für jede Hausdurchsuchung / Razzia gegen linke Strukturen, Genoss*innen und Gefährt*innen, gibt es ab sofort 1 Million Sachschaden bundesweit!*

Unabhängig vom Verfahrensausgang kündigten bundesweit zahlreiche Szeneakteure für den sogenannten „Tag X", den ersten Samstag nach der Urteilsverkündung, gewaltsame Proteste in Leipzig und andernorts an. Diese Äußerungen und die Anspielungen auf die G20-Proteste 2017 geben einen Einblick in die im gewaltbereiten autonomen Spektrum vorherrschenden Zielvorstellungen über das Mobilisierungspotenzial und das Ausmaß der angekündigten Proteste.

Die Versammlungsbehörde verbot am 1. Juni aufgrund des zu erwartenden unfriedlichen Verlaufes die für den 3. Juni angekündigte Leipziger Großdemonstration zum „Tag X". Teile der Szene schlossen sich spontan einer aus dem bürgerlichen Spektrum angemeldeten Veranstaltung unter dem Motto „Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig" an. An der Veranstaltung beteiligten sich insgesamt 2.000 Personen, darunter etwa 500 gewaltbereite Linksextremisten. Damit erreichten weder die zivilgesellschaftlichen Gruppen noch das linksextremistische Spektrum die erhoffte Teilnehmerstärke. Dennoch kam es u. a. in Leipzig zu Ausschreitungen und szenetypischen Straftaten. In der Gesamtschau gelang es der Szene jedoch nicht, die zuvor angekündigte Massenmilitanz zu entfachen. Vielmehr zeigte sich die Szene enttäuscht über den unerwartet milden Verlauf der „Tag X"-Proteste. So hieß es in einem zwischenzeitlich gelöschten de.indymedia.org-Beitrag vom 4. Juni:

> *Dass dieser Bullenstaat die Demo TagX untersagte ist Pech, aber statt offensiv zu dezentralen Aktionen zu motivieren wurden wir aufgerufen an einer Veranstaltung teilzunehmen die mit Militantem Antifaschismus nicht im Ansatz etwas gemein hat.*

Auch die linksextremistische Szene in Bayern nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um ihre Solidarität mit der „Eisenacher-Gruppe" öffentlich zu bekunden, beispielsweise beim „Tag der politischen Gefangenen" oder mit diversen Graffiti-Aktionen. Zeitweise wurden auch auf nahezu jeder linksextremistischen Szeneveranstaltung „FREE LINA"-Banner gezeigt.

In München organisierte die linksextremistische Gruppe „Antifa-NT“ für den 11. Januar einen Mobilisierungsvortrag zum sogenannten „Antifa Ost“-Verfahren, um die lokale Szene auf das Verfahren einzustimmen.

In einem Mobilisierungsvideo der „Antifa-NT“ vom 29. Mai heißt es:

> *Wir werden uns nicht brechen lassen, wir stehen zusammen und begleiten alle Antifaschist*innen – ob im Knast oder auf der Flucht, ihr seid nicht allein!*
>
> *Wir sind alle Antifas, wir sind alle Linx und unsere Solidarität ist unteilbar! Wir nehmen uns die Straße und machen unserer Wut auf die Repression Luft! Wir sehen uns am 03.06 [sic!] in Leipzig!*

Auch der „Antifaschistische Stammtisch München“, das „Offene Antifaschistische Treffen Augsburg“ (OAT Augsburg) und das überregionale linksextremistische Organisationsbündnis „Antifaschistische Aktion Süd“ forderten in verschiedenen Posts zur Teilnahme am „Tag X“ auf. So heißt es in einem Post der „Antifaschistische Aktion Süd“:

> *Wir rufen dazu auf, ein starkes Zeichen der Solidarität mit Lina und ihren Genoss:innen zu setzen. Das Gefühl der Ohnmacht zu durchbrechen, noch bevor es sich in der antifaschistischen Bewegung breit macht. Geht deshalb heute am Tag der Urteilsverkündung und am 03. Juni 2023 in Leipzig auf die Straße!*

Im Gegensatz zum teils drastischen und aufwiegelnden Duktus der Kampagnenaufrufe und zum Umfang der angedrohten Straftaten konnte die Szene zumindest in Bayern kaum Mobilisierungserfolge erzielen. Mitursächlich hierfür dürfte die mangelnde Organisations- und Koordinationsfähigkeit der Szene sein, was wiederum darauf zurückzuführen ist, dass autonome wie anarchistisch orientierte Personenkreise hierarchische Strukturen jeder Art konsequent ablehnen.

Gewaltorientierte Angehörige der linksextremistischen Szene nutzen den auch in der breiten Gesellschaft konsensfähigen Begriff „Antifaschismus" seit Jahren, um gegen ihrer Ansicht nach „faschistische" Kräfte zu mobilisieren und auch militantes Vorgehen zu legitimieren. Dahinter steht das Ziel, die Widerstandsbereitschaft und das Mobilisierungspotenzial innerhalb der eigenen Anhängerschaft zu erhöhen. Die Definitionshoheit darüber, wer in welchem Themenkontext als politischer Gegner bzw. „Faschist" zu betrachten ist, beansprucht die Szene für sich.

Um die Diskurshoheit im öffentlichen Raum zu erlangen, versucht die linksextremistische Szene verstärkt taktische Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen. Unter Hervorkehrung

ihres „Antifaschismus“ gelingt es ihr dabei, an den gesamtgesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus und Faschismus anzuknüpfen und in Teilen der Bevölkerung Sympathien zu erlangen. Dies trägt dazu bei, dass das linksextremistische Gefahrenpotenzial in der öffentlichen Wahrnehmung als vergleichsweise gering eingestuft wird.

Antirepression: Linksextremistische Beteiligung bei den PAG-Protesten

Am 18. Juni veranstaltete das Bündnis „#noPAG“ am Max-II-Denkmal in München eine Kundgebung unter dem Motto „Fünf Jahre sind genug" gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) mit etwa 850 Personen. Am „#noPAG“-Bündnis beteiligen sich etwa 50 Organisationen, Vereine und Parteien, darunter auch zahlreiche linksextremistische Akteure, wie z. B. die postautonomen bzw. postautonom beeinflussten Gruppierungen „Antifa-NT“, „Antikapitalistische Linke München“ (AL-M), „Antifaschistischer Stammtisch München“ (ASM), „Interventionistische Linke“ (IL) und „Offenes Antikapitalistisches Klimatreffen München“ (OAKM), die Parteien „Deutsche Kommunistische Partei München“ (DKP München) und „Marxistisch-leninistische Partei Bayern“ (MLPD Bayern) sowie die Organisationen „Rote Hilfe OG München“ (RH München) und „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend München“ (SDAJ München). Die Veranstaltung verlief friedlich und fand in der Öffentlichkeit kaum Beachtung.

Vor allem die linksextremistischen parteiunabhängigen Gruppierungen mobilisierten bereits im Vorfeld verstärkt in den sozialen Medien für die Teilnahme an der Veranstaltung.

Auf dem Twitter-Account „Antikapitalistisches Klimatreffen München“ heißt es in einem Post vom 12. Juni:

> *Es mag Einzelne treffen, gemeint sind wir alle! Unser Protest gegen Repression ist notwendig! Lasst uns weiterkämpfen und holen wir uns unsere Freiheit, für eine bessere Welt zu kämpfen, zurück!*

Am 14. Juni twitterte etwa die Gruppierung „Antifa-NT“:

> *Besonders angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks und der Existenz paramilitärischer Strukturen in Polizei und Geheimdiensten gilt umso mehr: Lasst uns gemeinsam gegen die autoritäre Formierung kämpfen. 5 Jahre PAG sind 5 Jahre zu viel!*

Auch wenn Teile des „#noPAG"-Bündnisses in ihrer medialen Agitation einen Erfolg der Veranstaltung beschwören, dürfte der faktische Verlauf der Proteste in der Gesamtschau für die linksextremistische Szene enttäuschend gewesen sein. So ist es der Szene nicht gelungen, mit Störaktionen auf sich aufmerksam zu machen. Auch die Teilnehmerzahl blieb mit lediglich 800 Personen, die meisten hiervon aus dem bürgerlichen Spektrum, weit hinter den anvisierten 2.000 Personen zurück.

Die linksextremistischen Protestaktionen anlässlich des 5-jährigen Bestehens des PAG in Bayern sind dem Agitationsfeld der „Antirepression" zuzuordnen, mit dem jegliche Form rechtsstaatlichen Handelns, wie z. B. die Durchsetzung geltender Gesetze, diskreditiert werden soll. Dem Staat wird unterstellt, als „Erfüllungsgehilfe des Kapitals" einerseits faschistische Organisationen zu dulden und zu fördern und andererseits linksextremistische Aktionen zu unterdrücken. Der Sicherheitsapparat werde – z. B. durch das angefeindete PAG – ausgebaut, um die „ökonomischen Machtverhältnisse" aufrechtzuerhalten.

Antimilitarismus: Linksextremistische Agitation gegen den „Tag der Bundeswehr"

Das Aktionsfeld „Antimilitarismus" hat mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in der linksextremistischen Szene stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die Bundeswehr wie auch Rüstungsunternehmen rücken derzeit stärker in den Fokus der Szene. So sind bundesweit vermehrt mutmaßlich linksextremistisch motivierte Straftaten gegen Unternehmen und Zulieferbetriebe der Rüstungsbranche zu verzeichnen.

Anlässlich des „Tages der Bundeswehr" führten am 17. Juni bundesweit zahlreiche Bundeswehrstandorte unter dem Motto "Wir sind da" Informationsveranstaltungen durch, um der Bevölkerung Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr vorzustellen, so in Bayern an den Bundeswehrstandorten in Kaufbeuren, Kümmersbruck (Lkr. Amberg-Sulzbach), München, Murnau (Lkr. Garmisch-Partenkirchen) und Veitshöchheim (Lkr. Würzburg).

In München fand am 17. Juni eine Veranstaltung unter dem Motto „Bundeswehr und Waffenboom NICHT MIT UNS, Demonstration gegen den Tag der Bundeswehr" statt, an der sich

auch Angehörige der linksextremistischen AL-M beteiligten. In der Spitze nahmen etwa 50 Personen teil. Die Demonstration verlief störungsfrei, erzeugte aber kaum öffentliche Resonanz. Ursprünglich hatte ein Angehöriger der linksextremistischen AL-M eine eigene Veranstaltung gegen den „Tag der Bundeswehr“ angemeldet. Diese wurde jedoch am 16. Juni mit der Begründung abgesagt, sich der bereits angemeldeten Veranstaltung „Bundeswehr und Waffenboom NICHT MIT UNS, Demonstration gegen den Tag der Bundeswehr" anschließen zu wollen. Da der ursprüngliche Anmelder zum Veranstaltungstermin nicht erschien, übernahm schließlich eine Angehörige der AL-M die Versammlungsleitung.

Bereits im Vorfeld hatte die bayerische linksextremistische Szene verstärkt im Netz gegen den „Tag der Bundeswehr“ mobilisiert: So warb beispielsweise die Münchner Gruppierung „In Aktion gegen Krieg und Militarisierung“ (AKM) am 28. Mai in den sozialen Medien für die Teilnahme an einem Mobilisierungsvortrag am 2. Juni im Szenetreff „Barrio Olga Benario“.

Kurz darauf veröffentlichte die Gruppierung weitere Mobilisierungs-Posts, in denen auch zu einer Versammlung gegen den Tag der Bundeswehr am Münchner MIRA-Einkaufszentrum aufgerufen wird.

Im Nachgang der Protestaktion berichtete das AKM in den sozialen Medien über die Demonstration. Hier heißt es:

> *Am Samstag waren wir gegen den Tag der Bundeswehr auf der Straße, um zu zeigen, dass wir den Kriegsjahrmarkt mit Panzer-Luftballons und Maschinengewehren verurteilen. Denn wir haben eine bessere Zukunft im Blick. Keinen Tag, keinen Monat, kein Jahr werden wir uns bei der Bundeswehr verpflichten.*
>
> *Mit rund 40 Menschen startete unsere Auftaktkungebeung [sic!] am Mira Einkaufszentrum. Mit unseren Transparenten haben wir die Kontinuität des deutschen Militarismus, die verbrecherischen Auslandseinsätze, sowie die Aufrüstungspläne der Bundesregierung angeprangert.*
>
> *Danach zogen wir lautstark durch die Wohngegend des Münchner Stadteils [sic!] Milbertshofen bis vor die Sanitätskaserne der Bundeswehr. Vor dem Haupteingang zeigten wir noch einmal deutlich durch ein gesprühtes Spruchband unsere Parole: Bundeswehr und Waffenboom, NICHT MIT UNS.*

Auf seiner Webseite bezeichnet sich das AKM als „Offenes Treffen" mit dem Ziel, „antimilitaristische Aktionen zu planen und inhaltlich zu diskutieren".

Etwa zeitgleich machte das linksextremistische „Känguru Kollektiv" durch sogenanntes „Adbusting" in den sozialen Medien auf sich aufmerksam. „Adbusting" ist eine Aktionsform, bei der bereits bestehende Werbung im öffentlichen Raum verfremdet, überklebt oder auf andere Weise umgestaltet wird, um für eigene Positionen zu werben. Das „Känguru Kollektiv" bezeichnet sich selbst als „antikapitalistische und antifaschistische Gruppe", die sich „für einen echten Systemwandel" einsetzt.

Das Kollektiv veröffentlichte zahlreiche Bilder vermeintlicher Werbeplakate, die an verschiedenen Bushaltestellen in Erlangen angebracht waren. Das Design der Plakate war der Werbestrategie der Bundeswehr nachempfunden, jedoch mit Aufschriften wie „Braunes Heer", „Schwundesheer", „Munition & Menschenleben, ein bisschen Schwund ist immer" und ähnlichem.

MUNITION &
MENSCHENLEBEN
EIN BISSCHEN SCHWUND IST IMMER.
NIMM, WAS NIEMAND ZÄHLT.
SCHWUNDEWEHR
kaenguru.kollektiv
Gefällt jonibei1992 und 395 weitere Personen

AUSBEUTUNG
GEWALTSAM
VERTEIDIGEN
MACHT IST, WAS WIRKLICH ZÄHLT.
BUNDESWEHR
STRÖER
kaenguru.kollektiv
Gefällt jonibei1992 und 395 weitere Personen

Das „Känguru Kollektiv" begründete die Aktion in einem Post wie folgt:

> *Die Bundeswehr macht rund um diesen Tag Werbung für sich, stellt sich als „divers" „offen" oder „Beschützer der Demokratie" dar. Doch die Realität sieht anders aus: Die Bundeswehr ist von Rechtsextremen durchsetzt, die dort ohne Probleme Waffen und Munition klauen können. Sie hat ein großes Problem mit Rassismus, Sexismus und Homophobie. Auch die Erzählung von einer reinen Defensivarmee ist ein Märchen: Die Bundeswehr nimmt regelmäßig, z. B. mit der NATO an Auslandseinsätzen wie in Afghanistan teil. Deshalb haben wir uns gedacht, dass wir einfach mal ein paar ehrliche Plakate für sie aufhängen.*

Entgegen ihrer vielfältigen Aufrufe zur Abrüstung und gegen militärische Interventionen sind Angehörige der linksextremistischen Szene nicht per se pazifistisch orientiert. Unterschiedliche Teile der linksextremistischen Szene vertreten stark divergierende Haltungen zu militärischen Auseinandersetzungen, zu Militär im Allgemeinen sowie zur Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Durchsetzung staatlicher Interessen.

Insbesondere das autonome und anarchistische Spektrum der linksextremistischen Szene betrachtet militärische Auseinandersetzungen vorwiegend aus einer antimilitaristischen Perspektive und lehnt Krieg und Militär in Gänze ab, da beides für das Handeln des kapitalistischen Staates stehe. Gleichwohl befürworten diese Szeneteile Gewalt beispielsweise in Form von Aufständen und Revolutionen, wenn sich diese gegen die staatliche Ordnung richtet. Der autonom und anarchistisch geprägte „Antimilitarismus" richtet sich im Wesentlichen gegen die Streitkräfte der Bundeswehr und die in Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte. Auch jegliche militärische Interventionen, Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Einmarsch Russlands in die Ukraine werden mehrheitlich abgelehnt.

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ)

HINWEISE AUF NACHRICHTENDIENSTLICHE AKTIVITÄTEN IN BAYERN

Das Vorgehen ausländischer Nachrichtendienste in Deutschland und in Bayern befindet sich im Wandel. Längst beschränken sich ihre Tätigkeiten nicht mehr auf die bloße Auslandsaufklärung und Informationsgewinnung oder die Beschaffung von Proliferationsgütern. Zunehmend gehören auch die Ausspähung und Verfolgung von in Deutschland lebenden Oppositionellen und anderen Zielpersonen zum Repertoire einiger ausländischer Nachrichtendienste. Ebenso sind verstärkte Bemühungen erkennbar, Strukturen und Zugänge zu schaffen, mit deren Hilfe wichtige Infrastrukturen beeinträchtigt oder Einfluss auf politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse gewonnen werden können.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und einer insgesamt zugespitzten Weltsicherheitslage ist das intensivierte Vorgehen einiger ausländischer Nachrichtendienste in Bayern als ernst zu nehmende Sicherheitsbedrohung anzusehen, von der Gefahren sowohl für die politischen und wirtschaftlichen Interessen als auch für die öffentliche Sicherheit und die staatliche Integrität der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ausgehen.

Russische Föderation

Intensität, Umfang und Komplexität der nachrichtendienstlichen Aktivitäten Russlands in Deutschland und Bayern haben seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine spürbar zugenommen. Strategien und Maßnahmen russischer Nachrichtendienstakteure zielen neben der Aufklärung unmittelbar

kriegsrelevanter Ziele auch auf die Auskundschaftung sabotagerelevanter Ziele und Strukturen ab. Zudem ist Russland weiterhin bestrebt, die politische und öffentliche Meinung in Deutschland durch die Verbreitung von Propaganda und Desinformation zu beeinflussen und politisch destabilisierend zu wirken. Hierbei bedient sich das russische Regime auch in Deutschland lebender Personen, die als Influencer pro-russische Propaganda verbreiten. Hiermit sollen insbesondere in Deutschland lebende russischstämmige Menschen erreicht werden. Ein Beispiel hierfür ist die pro-russische „Warfluencerin" Yulia P., die online mit aggressiver Propaganda gegen die Bundesrepublik, den „Westen" im Allgemeinen und die Ukraine hetzte (s. Verfassungsschutzbericht Bayern 2022, S. 66). Es bestehen Anhaltspunkte, dass entsprechende Influencerinnen und Influencer direkt aus Russland finanziert und gesteuert werden.

Bayernbezogene Hinweise auf unmittelbar kriegsrelevante russische Spionageoperationen existieren im Zusammenhang mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten im Rahmen der westlichen Unterstützung für die Ukraine. Dabei sind russische Nachrichtendienste neben den Ausbildungsinhalten vor allem an der Identifizierung ukrainischer Soldaten interessiert, da diese aufgrund ihrer Kenntnisse im Umgang mit westlichen Waffensystemen aus russischer Perspektive eine besondere Bedrohung darstellen können.

Themen, die den Russland-Ukraine-Krieg betreffen, waren wahrscheinlich auch Inhalt der Informationen, die der russische Inlandsnachrichtendienst FSB von einem ehemaligen BND-Mitarbeiter aus Weilheim erhielt. Dieser war vermutlich seit 2021 für den FSB tätig und soll für seine Informationen einen Betrag im 6-stelligen Bereich erhalten haben. Nachdem der BND-Mitarbeiter im Dezember 2022 wegen des Verdachtes des

Landesverrates festgenommen wurde, wurde im Januar 2023 ein weiterer deutscher Staatsangehöriger verhaftet, der die Informationen als Kurier nach Russland gebracht und dort Geheimdienstmitarbeitern übergeben haben soll.

Volksrepublik China

Chinas Spionage- und Einflussagenda umfasst neben wirtschafts- und infrastrukturrelevanter Ziele zunehmend auch die Beschaffung kritischer politischer Informationen sowie die Beeinflussung von politischen Entscheidungen in Deutschland und Bayern. Daneben sind chinesische Nachrichtendienste weiterhin bestrebt, Oppositionelle sowie Regimegegnerinnen und -gegner im Ausland auszuspähen. Die Nachrichtendienste der Volksrepublik China sind mit ihren umfangreichen Befugnissen ein wichtiges Instrument zum Machterhalt der „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh).

Während aus den chinesischen Legalresidenturen in Deutschland überwiegend eine offene Informationsbeschaffung einschließlich eines Monitorings von Medien und Publikationen aus frei zugänglichen, webbasierten Quellen erfolgt, werden auch Informationen aus harmlos wirkender Kontaktpflege gewonnen, oftmals zu aktiven und ehemaligen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft. Die zentrale Steuerung und Werbung erfolgt aus den Büros der Nachrichtendienste in China. Wurden Personen aus Deutschland als potenziell aussichtsreiche menschliche Quelle identifiziert, erfolgt meist unter Vorspiegelung falscher Tatsachen eine Erstansprache. Später werden diesen Zielpersonen lukrative Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten in Aussicht gestellt und oftmals erfolgt schließlich auch eine Einladung nach China, wo die nachrichtendienstliche Anbahnung erfolgt. Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist der Fall eines Ehepaares aus Bayern, welches über 10 Jahre Informationen an die chinesischen Nachrichtendienste übermittelte. Der frühere Mitarbeiter einer politischen Stiftung soll im Jahr 2010 im Rahmen einer Vortragsreise an einer chinesischen Universität angeworben worden sein. Im Dezember 2021 wurden die Eheleute wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit vor dem Oberlandesgericht München zu Freiheitsstrafen in Höhe von 2 Jahren sowie 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt. Die Strafen wurden jeweils zur Bewährung ausgesetzt.

Weitere Aufklärungsschwerpunkte sind u.a. die als „Fünf Gifte" bezeichneten oppositionellen Gruppen. Dabei handelt es sich um die nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, die regimekritische Falun-Gong-Bewegung, die Demokratiebewegung sowie die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit der Insel Taiwan. Insbesondere der in München ansässige „Weltkongress der Uiguren" stellt dabei ein wesentliches Aufklärungsziel der chinesischen Dienste in Bayern dar. Darüber hinaus steht auch die Hongkonger Demokratiebewegung im Fokus.

Nachrichtendienstlich relevant sind zudem Erkenntnisse über sog. „Übersee-Polizeistationen" (ÜPS) der chinesischen Polizei, die auch eine Einrichtung in Bayern betreffen. Diese dienen als verlängerter Arm der Polizeistationen in China und führen u.a. Tätigkeiten aus, die auch aus nachrichtendienstlicher Sicht relevant sind. Darunter fallen das Propagieren ideologischer und politischer Leitlinien, das Sammeln von Informationen über Mitglieder der chinesischen Diaspora sowie das Erstellen von Meinungsbildern. Darüber hinaus leisten diese ÜPS einen Beitrag zur emotionalen Bindung im Ausland lebender Chinesen an ihre Heimat und fördern eine loyale Haltung gegenüber der chinesischen Staatsführung und der KPCh.

Deutschland und Europa stehen bereits seit Jahren im Fokus staatlicher chinesischer Cyberspionage. Entsprechend beobachten deutsche und europäische Nachrichtendienste vermehrt großangelegte und gut koordinierte Angriffskampagnen gegen Regierungsnetzwerke und Unternehmen verschiedenster Bereiche, insbesondere aus der Verteidigungsindustrie, sowie gegen Forschungseinrichtungen. Zudem mehren sich die Hinweise auf weitergehende, längerfristige Ansätze chinesischer Cyberspionage, deren Ziel es ist, die digitale Souveränität der westlichen Staaten durch das Schaffen von Abhängigkeitsstrukturen zu unterwandern. Hierfür werden sämtliche Bereiche des Internets, aber auch Kooperationen – insbesondere zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen –, Joint Ventures und soziale Netzwerke intensiv genutzt. Auf diese Weise gewonnene Daten werden zentral zusammengeführt und ausgewertet. Dabei ist davon auszugehen, dass China seine Aktionen langfristig plant und dauerhaft auslegt. In diesem Zusammenhang sind bereits seit einigen Jahren strategische Bemühungen Chinas erkennbar, auch in Deutschland, vor allem in den Sektoren Technologie und Infrastruktur, seine Einflussmöglichkeiten auszubauen.

Es ist denkbar, dass China beabsichtigt, wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten des Westens zu schaffen, um diese zur Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen. Diese Abhängigkeiten können von chinesischen Produkten über Dienstleistungen und Unternehmensaufkäufen bis hin zur Einflussnahme auf zentrale Infrastrukturen reichen. China bedient sich nicht nur nachrichtendienstlicher Mittel, sondern versucht beispielsweise auch durch die legale Nutzung von Informationen ausländischer Geschäftspartner und Reisender und durch gezielte Unternehmensinvestitionen einen Vorteil zu erlangen. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, private, staatliche oder kommerzielle Daten zu erfassen und diese kontinuierlich zu analysieren. Mittel- bis langfristig bergen die geschilderten Aktivitäten die konkrete Gefahr einer Abhängigkeit Deutschlands von China in systemkritischen Bereichen.

Republik Türkei

Der türkische Nachrichtendienst „Milli Istihbarat Teskilati" (MIT), der mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet ist, zählt zu den zentralen Sicherheitsorganen der Türkei. Er dient der türkischen Staatsführung zur Durchsetzung der Regierungspolitik, zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit sowie zur Informationsbeschaffung.

Aufklärungsschwerpunkte in Deutschland und Bayern sind die Bewegung des islamischen Predigers Fethulla Gülen – die von der türkischen Regierung für den gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 verantwortlich gemacht wird – sowie die „Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK).

Flankiert werden die Aktivitäten des türkischen Nachrichtendienstes durch die Einflussnahmeaktivitäten von regierungsnahen Organisationen. Diese werben in Deutschland und anderen europäischen Staaten für die gegenwärtige türkische Politik und nehmen Einfluss auf türkischstämmige Gesellschaften in Deutschland. Diese Aktivitäten wurden im Vorfeld der türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2023 nochmals intensiviert. Eine wichtige Rolle spielte dabei die „Union Internationaler Demokraten" (UID), welche deutschlandweit 15 Regionalverbände unterhält. Die beiden bayerischen Regionalverbände „UID Südbayern" und „UID Nordbayern" sind wiederum in eine Vielzahl von Ortsvereinen untergliedert.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IM CYBERRAUM

Wie bereits im Vorjahr am Beispiel des Cyberakteurs „Asylum Ambuscade" festzustellen war, greifen Gruppierungen, die ursprünglich im Bereich Cybercrime aktiv waren, nun auch verstärkt staatliche Ziele an. Auffällig ist, dass dabei die Methodik von cyberkriminellen und geheimdienstlichen Vorgehensweisen zunehmend verschwimmt. Dies führt u.a. dazu, dass auch die Urheberschaft von Angriffen verschleiert wird.

Im ersten Halbjahr wurden wiederholt Aktionen prorussischer „Hacktivisten", u.a. von der Gruppierung „Killnet", festgestellt, die sich gegen westliche Staaten richten. Bislang ist eine feste Zuordnung dieser Aktivitäten zu einem russischen Nachrichtendienst jedoch nicht gelungen. Allerdings scheinen sämtliche der erkannten Aktivitäten mit der aktuellen Berichterstattung russischer Medien und dem Verlauf des Kriegsgeschehens in Zusammenhang zu stehen. Es ist davon auszugehen, dass die Angriffe als propagandistisches Mittel genutzt werden, um die vermeintliche Schwäche westlicher Ziele und zugleich russische Stärke zu demonstrieren. Durch die Auswahl medienwirksamer Ziele erlangt „Killnet" in Russland eine breite Aufmerksamkeit und besitzt, insbesondere unter Jugendlichen, einen gewissen Kultstatus. Die Angriffe hatten bislang keine nennenswerten Auswirkungen, sie wirken wenig professionell und schlecht organisiert.

Die gezielte Verbreitung von Falsch- und Desinformation, beispielsweise vor Wahlen, stellt demokratische Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. So zielen Einflussnahme- und Desinformationskampagnen hierzulande u.a. darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung bzw. Gesellschaft in die Funktionsfähigkeit des deutschen Staates zu erschüttern. Daneben werden auch Zweifel am Gesellschaftsentwurf westlich liberaler Demokratien sowie an der Unabhängigkeit der Medien und anderer Institutionen, beispielsweise der Gerichte, gesät. Hierdurch sollen die Gesellschaft verunsichert und die Handlungsfähigkeit von Legislative und Exekutive verringert werden.

Auch die außenpolitische Position der Bundesrepublik Deutschland, der Zusammenhalt in EU und NATO sowie die Beziehungen zu den USA sollen untergraben werden. Entsprechende Falsch- und Desinformation wird über verschiedene Kanäle verbreitet, die mehr oder weniger offenkundig staatlichen Akteuren zugerechnet werden können: Von offiziellen Staatsmedien über staatlich geförderte und private Organisationen, Accounts in sozialen Netzwerken bis hin zu vermeintlich unabhängigen Einzelakteuren. In jüngster Zeit konnte festgestellt werden, dass russische Desinformation von rechtspopulistischen und verschwörungsgläubigen Akteuren in Deutschland aufgenommen und weiterverbreitet wird. Im Gegenzug unterstützen russische Akteure Desinformationskampagnen beispielsweise rechtsextremistischer Akteure innerhalb und außerhalb des parteipolitischen Spektrums.

Ferner muss damit gerechnet werden, dass zukünftig in größerem Umfang von Künstlicher Intelligenz (KI) generierte Inhalte sowie KI im Allgemeinen in Desinformationskampagnen Verwendung finden werden. Aufwendig erzeugte und schwer als Manipulation bzw. Fälschung identifizierbare Inhalte werden dabei eine ebenso große Herausforderung darstellen wie in größerer Menge verbreitete, leichter zu enttarnende Fälschungen.

Bei den russischen Desinformationskampagnen im Zuge des Ukrainekrieges ist eine deutliche Fokussierung auf die Bundesrepublik Deutschland erkennbar. In diesem Kontext ist eine weitere Eskalation bis hin zum Aufruf zu Sabotageakten gegen Einrichtungen in Deutschland, u.a. im KRITIS-Sektor, grundsätzlich denkbar.

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit

ABGEHÖRT – DER NEUE PODCAST

Im Juli veröffentlichte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) die erste Folge von „Abgehört – dem kompakten Podcast des Bayrischen Landesamts für Verfassungsschutz mit Einblicken in Arbeitsweisen und Themenfelder ei nes deutschen Inlandsnachrichtendiensts".

In jeweils ca. 30-minütigen Folgen interviewen Dr. René Rieger und Dr. Florian Volm, die Pressesprecher des BayLfV, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde, die als Insider ihr Spezialwissen und ihre Erfahrung mit den Hörerinnen und Hörern teilen.

In Folge 1 informiert der Leiter des Rechtssachgebietes über den gesetzlichen Auftrag des BayLfV, gibt einen Überblick über die unter Beobachtung stehenden Phänomenbereiche sowie offene und nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung. Ferner thematisiert er den Unterschied zwischen Geheim- und Nachrichtendiensten und entlarvt die angebliche „Massenüberwachung" der Menschen in Deutschland durch die deutschen Nachrichtendienste als Mythos.

In Folge 2 berichtet die Leiterin der Personalstelle über die Zusammensetzung der Belegschaft des BayLfV. Sie legt die unterschiedlichen Ausbildungsbiografien und beruflichen Hintergründe der Beschäftigten, Bewerbungsmöglichkeiten, die große Aufgabenbreite sowie Karrieremöglichkeiten im Amt ebenso dar wie die Altersstruktur, Gender Balance, Diversität und die Herausforderungen der demografischen Entwicklung

und des Fachkräftemangels, insbesondere im IT-Bereich. Des Weiteren thematisiert sie die erforderlichen Qualifikationen und persönlichen Eigenschaften erfolgreicher Bewerberinnen und Bewerber sowie manche Einschränkung im privaten Leben, die der Dienst beim Verfassungsschutz mit sich bringt. Abschließend klärt sie die Frage, wie gefährlich es ist, für den bayerischen Inlandsnachrichtendienst zu arbeiten.

In Folge 3, die Anfang September erscheinen wird, spricht der Leiter des Cyber-Allianz-Zentrums (CAZ) im BayLfV über die Abwehr von Cyberangriffen und Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste sowie die Präventionstätigkeit seiner Arbeitseinheit in enger Zusammenarbeit mit der bayerischen Wirtschaft, bayerischen Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie Betreibern kritischer Infrastruktur. Im Gespräch wird u. a. deutlich, welcher Methoden sich die Angreifer aktuell bedienen, welche Schwachstellen sie hierbei ausnutzen und welche Ziele sie mit ihren Cyberangriffen verfolgen.

Zukünftige Folgen werden sich u. a. mit den Themenfeldern „Reichsbürger und Selbstverwalter", „Antisemitismus innerhalb und außerhalb des Extremismus", „Rechtsextremistische Musik", „Aktuelle Trends in der jihadistischen Propaganda", „Extremismus und Verfassungsschutz im Wandel der Zeit", „Verfassungsschutz und die Medien", „Das System Scientology" und „Autonomer Linksextremismus und Anarchismus" befassen.

Mehr Insiderwissen zum Verfassungsschutz gibt es in keinem anderen Podcast. Einschalten lohnt sich!

„Abgehört" ist auf allen gängigen Streaming-Plattformen verfügbar. Anregungen und Feedback bitte an abgehoert@lfv.bayern.de

Anhang

BILDNACHWEIS

ASYL UND MIGRATION

Seite 11	Screenshot https://t.me/s/wackreschwaben
Seite 12	Screenshot BayLfV
Seite 13	Bild BayLfV
Seite 14	Screenshot https://t.me/s/kzshs
Seite 15	Screenshot https://t.me/s/kzshs
Seite 18	Screenshot https://www.youtube.com/@GenerationIslam/videos
Seite 19	Screenshots BayLfV
Seite 21	Screenshot BayLfV
Seite 22	Screenshots BayLfV

EXTREMISMUS UND QUEERFEINDLICHKEIT

Seite 25	Screenshots BayLfV
Seite 27	Screenshots BayLfV
Seite 29	https://antifa-nt.de/2023/05/22/gegen-queer-und-transfeindliche-hetze-und-den-rechten-schulterschluss/
Bild S. 30 fehlt	Screenshot BayLfV
Seite 31	Screenshots BayLfV
Seite 32	Screenshot https://www.compact-online.de/mitmachen-stolzmonat-statt-pride-month/
Seite 33	Screenshots https://www.facebook.com/HEIMAT.Untermain/
Seite 34	Screenshots BayLfV

Seite 35	Screenshots BayLfV
Seite 36	Screenshot BayLfV
Seite 37	Screenshot BayLfV
Seite 38	Screenshots BayLfV
Seite 39	Screenshots BayLfV
Seite 40	Voice of Khurasan, Vol. 22 (Februar 2023)
Seite 41 oben	Voice of Khurasan, Vol. 22 (Februar 2023)
Seite 41 unten	Screenshot BayLfV
Seite 42	Voice of Khurasan, Vol. 22 (Februar 2023)
Seite 43	Screenshots BayLfV
Seite 44	Screenshot BayLfV
Seite 46	Screenshot BayLfV

RECHTSEXTREMISMUS

Seite 55	Screenshot BayLfV
Seite56	Screenshot BayLfV
Seite 59	Screenshot https://der-dritte-weg.info/2023/01/morgen-21-januar-kundgebung-in-schweinfurt/
Seite 63 oben	Screenshot https://www.identitaere-bewegung.de/themen/no-way/
Seite 63 unten	Screenshot https://no-way-to-europe.com/
Seite 40	Screenshot BayLfV

LINKSEXTREMISMUS

Seite 72 links	https://antifa-sued.org/nicht-kriminell-sondern-notwendig/
Seite 72 rechts	https://rote-hilfe.de/
Seite 74	Screenshot BayLfV
Seite 75	Screenshot BayLfV
Seite 76	Screenshot BayLfV
Seite 77	Screenshots BayLfV
Seite 79	Screenshot BayLfV
Seite 80	Screenshot BayLfV
Seite 81 oben	Screenshot BayLfV
Seite 81 unten	https://www.instagram.com/kaenguru.kollektiv/
Seite 82	Screenshots BayLfV

Impressum

Herausgeber:	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration Odeonsplatz 3, 80539 München www.innenministerium.bayern.de
Redaktion:	Abteilung Verfassungsschutz, Cybersicherheit in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz
Gestaltung:	IKW team GmbH, München
Stand:	August 2023
Druck:	StMI; gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier

Hinweis
Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

BAYERN | DIREKT
www.bayern.de Tel. 089 12 22 20

Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?

BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskünfte zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Die Servicestelle kann keine Rechtsberatung in Einzelfällen geben.

www.twitter.com/BayStMI

www.instagram.com/BayStMI

www.facebook.com/BayStMI

www.youtube.de/BayerischesInnenministerium

www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de